

DPV und DPG auf dem dünnen Eis der DGPT

Zur Beziehungsgeschichte von Deutscher Psychoanalytischer Vereinigung (DPV) und Deutscher Psychoanalytischer Gesellschaft (DPG) innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Psychotherapie und Tiefenpsychologie (DGPT) bis 1967*

Übersicht: Institutionsgeschichte, als Beziehungsgeschichte erzählt, zeigt eine kleine DPV-Führungsgruppe und repräsentative DPG-Mitglieder in ihrer konflikthaften Verbundenheit in der DGPT. Krisen mit der Sprengkraft der Zerstörung der Zusammenarbeit, eingebettet in ihren jeweiligen vereinspolitischen Kontext, erscheinen als »Platzhalter« einer noch nicht führbaren Auseinandersetzung um die schuldhafte Beteiligung der DPG an der Vertreibung des größten Teils ihrer Mitglieder; so enthält jede Krise – wie ein Symptom – eine Annäherung an das Thema und zugleich seine Verschiebung, Verleugnung oder Verdrängung. Erst langsam kann sich eine Streitkultur in der DGPT entwickeln, die sie verändert. Nach innen beginnt sich die vereinspolitische Blockbildung aufzulösen und nach außen wird die DGPT zu einem beachtlichen gesundheitspolitischen Machtfaktor. Die Institution des Justitiars wirkt als gruppendynamischer Katalysator, der die Existenz der Gesellschaft festigt.

Schlüsselwörter: Deutsche Psychoanalytische Vereinigung (DPV); Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft (DPG); Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT); Beziehungsgeschichte

Heute erscheint uns die DGPT¹ als fester institutioneller Rahmen, und es ist schwer vorstellbar, dass sie in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens krisenerschüttert war und mehrere Male von ihren DPV- und DPG-Gründern fast gesprengt worden wäre. In dieser Zeit ging es um die Emanzipation von totalitären Herrschaftsstrukturen mit ihren verführenden und verfolgenden Objekten. Verdrängte, abgespaltene und entwertete Partialobjekte konstituierten zunächst die DGPT und erlaubten es der DPV, sich der Pflege ihrer »gereinigten« Psychoanalyse zu widmen, und der DPG, sich

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Tagung »100 Jahre Internationale Psychoanalytische Vereinigung (IPV) – 100 Jahre institutionalisierte Psychoanalyse in Deutschland. Brüche und Kontinuitäten«, 5.–7. März 2010 in Berlin.

¹ Am 2. 2. 1975 wurde der Name der DGPT in »Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie« satzungsmäßig geändert.

als »liberale, offene Gesellschaft« zu verstehen. So erscheint die Zurückgewinnung demokratischer Verkehrsformen aus den autoritären nationalsozialistischen Strukturen zunächst als Prozess von Kränkung und Kompromissfindung – ohne dass sich bereits eine depressive Position abzeichnete.

Die Auseinandersetzung mit den Quellen hat mich persönlich immer wieder überrascht; oft passen kollektive Erinnerungsspuren und eigene Erwartungen an das Material (wie z. B. in Lockot 2000) so gar nicht zusammen. Selbst unter der Annahme, dass viele Quellen (vor allem zur DPG-Geschichte) nicht mehr erhalten sind, soll die folgende Studie auch zur Reflexion dieser Diskrepanz anregen.

Eine »traurige Bilanz«

»Ich sehe für die Zukunft der Psychotherapie sehr schwarz, da es offenbar in absehbarer Zeit nur noch Kassenpraxis geben soll. [...] Ich habe ja immer noch die Neurologie im Hintergrund, würde es aber doch bedauern, wenn jetzt die Psychoanalyse der Ungunst der Zeit zum Opfer fiele, nachdem sie sogar das 3. Reich überstanden hat.«²

Als Franz Baumeyer am 2. 6. 1945 diese Zeilen an Carl Müller-Braunschweig schrieb, lebte er noch in der Sowjetisch Besetzten Zone. Nach Schultz-Henckes Tod trat er dessen administratives Erbe an.³

Über die Zerstörung der psychoanalytischen Gemeinschaft während des Nationalsozialismus mit den verschiedenen Bewertungen und Schuldzuweisungen ist bereits viel nachgedacht und auch getrauert worden; wahrscheinlich kann das gar kein Ende finden. Rein technokratisch gesehen, hatte es in dieser Zeit einen Professionalisierungsschub für Psychotherapie gegeben – denn schließlich ging es um ältere Themen der Professionalisierungsgeschichte. Unter nationalsozialistischen Vorzeichen setzte der Institutsleiter des Deutschen Instituts für psychologische Forschung und Psychotherapie, Mathias Heinrich Göring, gewisse Rahmenbedingungen für Psychotherapie durch:

² 2. 6. 1945, Baumeyer an Müller-Braunschweig, BA, kLEW 762.

³ Franz Baumeyer (22. 7. 1900 – 2. 4. 1978), ausgebildet am alten Berliner Psychoanalytischen Institut, war einer der wenigen Psychiater in Deutschland, der sich nicht an der Ermordung Geisteskranker beteiligt und keiner nationalsozialistischen Organisation angehört hatte. Nach seiner Übersiedlung nach Berlin, 1949, nach Kempers Weggang, wurde er Abteilungsleiter des von H. Schultz-Hencke geleiteten »Zentralinstituts für psychogene Erkrankungen«. Nach Schultz-Henckes Tod, 1953, übernahm Baumeyer die Leitung des »Instituts für Psychotherapie« bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1965. 19 Jahre lang war er Vorsitzender und anschließend Ehrenvorsitzender der DPG und Vorstandsmitglied der DGPT.

- Er verschaffte einem ganzen Berufsstand – den nichtärztlichen Psychotherapeuten – eine juristische Existenzgrundlage durch den »Göring-Erlaß« (18. 3. 1943).
 - Er setzte sich über die Grundsätze der Krankenkasse hinweg und forderte von Psychotherapiepatienten Selbstbeteiligung.
 - Er entwickelte eine Art Gutachtersystem, nach dem um die 100 Behandlungsstunden von den Krankenkassen übernommen wurden – manchmal auch mehr.
 - Er bot den Psychotherapeuten eine Nische, in der sie – wenn auch immer wieder gestört – arbeiten konnten.
 - Außerdem sorgte er für die Finanzierung eines hochsubventionierten Forschungsinstituts, des »Reichsinstituts im Reichsforschungsrat«.

Von diesem Rahmen profitierten die in Deutschland verbliebenen Psychoanalytiker und ließen es zu, dass sich die DPG, die nun ebenfalls unter den zerstörerischen rassistischen Vorzeichen geführt wurde, aushöhlte.

Nach dem Krieg war die Existenz der Nichtärzte, die zunächst ohne klare juristische Grundlage waren, bedroht. Ärztliche Psychotherapeuten (Boehm, Kalau vom Hofe, Wiegmann und J. H. Schultz) forderten eine »radikale Beseitigung« dieses konkurrierenden Berufsstandes⁴, und Heinz Wiegmann, DPG-Mitglied, der als Leiter des Gesundheitswesens Charlottenburg über einige lokale Macht verfügte, drohte mit sofortiger Zulassungssperre für nichtärztliche Psychotherapeuten, striktem Ausbildungsverbot für Nichtärzte und existenzbedrohenden Repressalien.⁵

Werner Kemper, der im Oktober 1946 einen ersten psychotherapeutischen berufspolitischen Verband (die Dozentenkonferenz) gegründet hatte, schützte die nichtärztlichen Kollegen aus pragmatischen Gründen – denn es gab nicht genug psychotherapeutisch ausgebildete Ärzte. Nichtärzte sollten nun begrenzt, im Verhältnis von 1:2 (zugunsten der Ärzte), zugelassen werden.⁶

Die Dozentenkonferenz wurde als ernstzunehmende berufspolitische Organisation in die Beratung des Landesgesundheitsamts Berlin einbezogen. Sie war auch für die »Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Okkupationszone Deutschlands« die einzig zuständige Stelle in Fragen der Psychotherapie.⁷

⁴ 11. 12. 1945, Kemper, Protokoll, BA, klEw 762.

⁵ 1) Praxisverbot; 2) Meldung an das Arbeitsamt und Einstufung in Lebensmittelkartenstufe 5; 3) Meldung an das Hauptgesundheitsamt, dass eine illegale Berufs- und vor allem Ausbildungstätigkeit ausgeübt werde; 4) Meldung an die Berliner Amtsärzte zur Abwendung drohender Kurpfuscherei (Kemper, Protokoll, 3. 4. 1946, B.A, klEw 762).

⁶ 3. 4. 1946, Kemper, Protokoll, BA, klEw 762.

⁷ K5-132; Jorswieck 2000, S. 392.

Nach Kempers Auswanderung nach Brasilien, Ende 1948, übernahm Schultz-Hencke nicht nur die Leitung des Zentralinstituts für psychogene Erkrankungen der Versicherungsanstalt Berlin⁸, sondern wurde auch zum Vorsitzenden des Instituts für Psychotherapie e.V. (gegr. 9. 5. 1947) mit seinen Ausbildungsfunktionen und der »gemeinsamen wissenschaftlichen Vertretung der analytisch orientierten Psychotherapie (unbeschadet ihrer verschiedenen Richtungen)« gewählt.⁹

Kemper war es in seinen leitenden Funktionen¹⁰ noch gelungen, die schwelenden Spannungen auszubalancieren. Dann verabschiedete er sich in einem Rundbrief¹¹ an alle analytisch orientierten psychotherapeutischen Institute wie ein Vater, der seine halbwüchsigen Kinder mit dem Zuruf zurücklässt: »Vertragt euch! [...] trotz aller ›schulmäßiger‹ Unterschiede und trotz aller etwaiger persönlicher Differenzen.«

Zwar gab es »schulmäßige« Unterschiede zwischen Neoanalyse, Freud-scher Psychoanalyse, Jungianern und Adlerianern, aber noch keine festen Blockbildungen; und so hatte sich gegen Harald Schultz-Hencke eine Koalition zusammengefunden, der neben dem DPG-Vorsitzenden Müller-Braunschweig auch sein Stellvertreter Felix Boehm angehörte und deren Vorsitz Baumeyer innehatte »als von zahlreichen Übeln das Kleinste«.¹² Diese Front gegen Schultz-Hencke löste sich wieder auf, da zwei Drittel des Nachwuchses zur Neoanalyse tendierten.

Der Konflikt zwischen Neoanalyse und Freud-scher Psychoanalyse wurde schließlich von dem Nichtarzt (!) Carl Müller-Braunschweig und dem Arzt (!) Harald Schultz-Hencke ausgetragen (Lockot 1994, S. 93–126). Dabei ging es darum, welchen Platz die klassische Psychoana-

⁸ Am 1. 3. 1946 wurde das »Institut f. Psychopathologie und Psychotherapie« (Leitung Kemper, Prophylaxe Schultz-Hencke) von der Versicherungsanstalt Berlin übernommen; es hieß fortan »Zentralinstitut f. psychogene Erkrankungen der VAB«; bestehend aus Poliklinik f. Erwachsene (Baumeyer), Poliklinik f. Kinder u. Jugendliche (Schwiderder), Abtlg. Prophylaxe (Dührssen). Psychotherapeutische Behandlungen wurden nun über dieses Institut auf Kosten der Versicherung durchgeführt.

⁹ In der Generalversammlung des Instituts für Psychotherapie vom 23. 10. 1948 wurde Schultz-Hencke mit 37 von 39 Stimmen gewählt. Der Vorstand des Instituts bestand, neben Schultz-Hencke als Vorsitzendem, aus Boehm (Vorsitzender des Unterrichtsausschusses), Kranefeldt, Müller-Braunschweig und Schirren (Kassenwart); in den Verwaltungsrat wurden Hochheimer, March, Schwiderder, Seif, Baumeyer, Dührssen und Wiegmann gewählt.

¹⁰ Kemper war Direktor des Zentralinstituts für psychogene Erkrankungen der VAB und Vorsitzender des Instituts für Psychotherapie gewesen.

¹¹ 1. 11. 1948, Kemper an »Kollegen«, K4–238.

¹² 15. 6. 1950, Baumeyer an Kemper, K9–58.

lyse neben der Neoanalyse in der Ausbildung am Institut für Psychotherapie (IfP) einnehmen sollte; aber es ging auch um einen Machtkampf zwischen den Kontrahenten.¹³

Schultz-Hencke ließ keinen Zweifel daran, dass er junge Ärzte als Mitarbeiter bevorzugte – für ihn gehörte der um 11 Jahre ältere Müller-Braunschweig zum »alten Eisen«. Dieser herablassende Umgang scheint Müller-Braunschweig besonders gekränkt zu haben, zumal Schultz-Hencke diverse Male Professuren angeboten bekam¹⁴ und er fürchten musste, als Dozent an der FU verdrängt zu werden.

Müller-Braunschweig, der »Herrenreiter«, der in der NS-Zeit »ohne Pferd«¹⁵ auskommen musste, und Schultz-Hencke mit seinem »blinden Macht- und Geltungsstreben« erscheinen uns heute beide als autoritäre Persönlichkeiten. In ihrer Auseinandersetzung fühlt man sich in einen heftigen Beziehungskrieg hineingezogen, bei dem jeder Partner an seiner Überlegenheit festhielt. Als Müller-Braunschweig schließlich die DPG mit mehr als einem Drittel der DPG-Mitglieder verließ, da er bereits heimlich (am 10. 6. 1950) die Deutsche Psychoanalytische Vereinigung (DPV) gegründet hatte, ließ er eine verstörte DPG zurück.

Boehm, der nun wieder den Vorsitz übernahm, weinte in der Sitzung vom 3. 12. 1950¹⁶, als die Müller-Braunschweig-Gruppe geschlossen austrat. Ein weiteres Mal brach eine DPG unter seiner Leitung auseinander.¹⁷ Von Müller-Braunschweig und Schultz-Hencke sind weder Trauer noch Schuldgefühle überliefert. Mit Gerhart Scheunert an seiner Seite stritten

¹³ Müller-Braunschweig hatte bis zu seinem Ende eine Art »unglücklicher Liebe« zu Schultz-Hencke und die Hoffnung, dieser werde eines Tages doch noch in den Schoß der Psychoanalyse zurückfinden (15. 1. 1963, Richter an Thomä, DPV-Archiv, 6/184, S. 1).

¹⁴ 18. 9. 1949, Schultz-Hencke an den Dozentenausschuss, DPV-Archiv, 3/146,1.

¹⁵ »Ich kam mir neben Ihnen und den anderen Kollegen, die sich weiter dieser Rechte [Vorlesungs- und Ausbildungstätigkeit; R. L.] erfreuen durften, wie ein Herrenreiter vor, dem man sein Pferd wegnimmt, und dem man zumutet, während die Kollegen auf ihren Pferden dahinsausen, zu Fuß nebenher zu laufen. Einem solchen Herrenreiter bleibt nichts anderes übrig, als resigniert das Rennen aufzugeben. Ich habe schwere depressive Zeiten durchgemacht« (1. 6. 1945, Müller-Braunschweig an Schultz-Hencke, Kopie an Kemper; BA, KlEw 762).

¹⁶ »Die Austrittserklärung wird entgegengenommen. Boehm kann Tränen der Rührung nicht vermeiden« (3. 12. 1950, DPV-Archiv 1/29, S. 7). Die Interpretation des Protokollanten als »Tränen der Rührung« erscheint mir fragwürdig.

¹⁷ In der von Ernest Jones präsierten Sitzung vom 10. 12. 1935 wurden die jüdischen DPG-Mitglieder zum Austritt aus der Gesellschaft genötigt, und am 19. 11. 1938 musste sich die DPG unter dem Druck des Regimes auflösen.

Carl Müller-Braunschweig und Felix Boehm – der von Franz Baumeyer unterstützt wurde – um Geld und um die Vorstandskorrespondenz.¹⁸

Die meisten DPG-Mitglieder fühlten sich von ihrem gewählten Vorsitzenden Müller-Braunschweig hintergangen. Der Auseinandersetzung um die Schultz-Henckesche Neoanalyse maßen sie keine wirkliche Sprengkraft bei und meinten die theoretischen Differenzen im Rahmen der Gesellschaft bewältigen zu können. Müller-Braunschweig seinerseits konnte nicht verstehen, warum nicht die Mehrzahl der DPG-Mitglieder ihm folgen wollte.¹⁹ Über die emigrierten und ermordeten Kollegen wurde nicht gesprochen.²⁰

Mit der Zusicherung der Aufnahme der DPV in die IPA²¹ war klar, dass die DPG keine Chance bekam, bis zum Amsterdamer Kongress (1951) ihre psychoanalytische Qualität unter Beweis zu stellen. In der Weltöffentlichkeit war sie die »Nazigesellschaft«, die allein für die Vertreibung der DPG-Kollegen verantwortlich gemacht wurde. Die DPV zog ihre narzisstische Aufwertung aus ihrer Aufnahme in die IPA (1951 in Amsterdam) und die damit verbundene »Entsöhnung« (Schröter 2004, S. 848). Doch selbst nach ihrer Aufnahme ließ sich Müller-Braunschweig von Anna Freud versichern, dass eine DPG mit Schultz-Hencke keine Chance hätte, in die IPA aufgenommen zu werden – eine DPG ohne Schultz-Hencke habe nicht zur Diskussion gestanden.²²

Die DPG nahm auf ihrer Generalversammlung 1954 endgültig Abschied von ihrer alten Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung; es wurden alle Namen von DPG-Mitgliedern seit 1910 verlesen.²³

1951 hatte die DPG 27 Mitglieder und die DPV 11. Mit 48 Mitgliedern und 34 Ausbildungskandidaten war das Institut für Psychotherapie die größte Gruppe. Die DGPT hatte 100 Mitglieder.

Nach der Trennung der DPV von der DPG überschnitten sich beide Gruppen zunächst noch im Institut für Psychotherapie.²⁴ Am schwersten

¹⁸ Es wurde um Mitgliedsbeiträge und um die unabgesprochene Finanzierung von Müller-Braunschweigs Zeitung durch die DPG-Mitgliedsbeiträge und um die Vorstandskorrespondenz, die Müller Braunschweig als ehem. Schriftführer behalten wollte, gestritten.

¹⁹ 13. 10. 1955, Müller-Braunschweig an Kalau vom Hofe, DPV-Archiv 13/115, 2.

²⁰ Über die zögerliche Kontaktaufnahme nach dem Krieg durch Müller-Braunschweig als DPG-Vorsitzendem siehe Lockot 1994, S. 179–183.

²¹ Nach dem Krieg war die Vereinssprache Englisch. Die IPV hieß nun »International Psychoanalytic Association« (IPA).

²² 18. 3. 1952, Müller-Braunschweig an Anna Freud, DPV-Archiv 2/162, und 26. 3. 1952, Anna Freud an Müller-Braunschweig DPV-Archiv 2/168.

²³ K10–210.

²⁴ Von 27 DPG-Mitgliedern waren 11 und von 11 DPV-Mitgliedern 8 am IfP (Liste vom 21. 6. 1951).

litten wohl die 34 Ausbildungskandidaten – die mit einem eigenen Votum noch versucht hatten, die Trennung von DPV und DPG zu verhindern. Von den ursprünglich 34 Kandidaten findet man nur noch 17 in späteren Mitgliedslisten.

Die Vernetzung zwischen Berliner Lokalpolitik und »Institut für Psychotherapie« war durchaus eindrucksvoll, wie die Arbeitstagung des IfP am Funkturm mit Senat und Hauptjugendamt von 1951 zeigt. Auch das »Zentralinstitut für psychogene Erkrankungen bei der Versicherungsanstalt Berlin«, mit fest angestellten ärztlichen und nichtärztlichen Psychotherapeuten, seinem großen Patientenzustrom und seinem gesundheitspolitischen Modellvertrag war für die Institutionalisierung der analytischen Psychotherapie richtungweisend. Beides wurde von der DPV im Wesentlichen der DPG zugeordnet.

Verschiebung der Machtverhältnisse durch die Gründung der DGPT

Die russische Berlinblockade Mitte 1948 sowie die Gründung von DDR und BRD 1949 verlagerten einerseits das politische Handlungszentrum der BRD nach Westdeutschland, andererseits erlebte Berlin eine Art der Gegenbesetzung, die sich vor allem nach dem Bau der Mauer zeigte.²⁵

Die amerikanischen Behörden holten Wilhelm Bitter (Lockot 2007, S. 20 ff.) aus seinem Schweizer Exil nach Stuttgart und schlugen ihm die Gründung einer psychotherapeutischen Dachorganisation vor.

Die DGPT wurde formaljuristisch in einer »Nacht- und Nebelaktion« gegründet (am 7. 8. 1949). Der Präsident der hessischen Ärztekammer, Dr. Carl Oelemann, forcierte den Zeitpunkt. Um dem Ärztetag die Neuordnung der Psychotherapie, die Kretschmer bereits im Sommer 1947 ange-regt hatte, vorzustellen, benötigte er einen organisierten Verhandlungspartner. Oelemann wollte die Psychotherapeuten einbeziehen, denn die Gesundheitsbehörden erwogen, die Ausübung der Psychotherapie ausschließlich dem Facharzt für Nervenkrankheiten vorzubehalten und damit Kretschmers Politik der Einverleibung der Psychotherapie in die Psychiatrie zu folgen.

²⁵ Am 24. 5. 1962 wurde in Berlin der Kulturplan verkündet, um nach dem Mauerbau die Bedeutung Berlins zu fördern. Annemarie Dührssen beantragte beim Senator f. Gesundheit ein »Institut f. Psychoanalyse und Tiefenpsychologie« (»Kulturplaninstitut«) als internationales Ausbildungszentrum, das von den Berlinsubventionen finanziert werden sollte. BPI und IfP protestierten dagegen, da beide Institute fürchteten, dass sie dann keine Senatzuschüsse mehr bekommen würden (30. 7. 1966, Baumeyer an Becker: Baumeyer hatte gemeinsam mit Maetze gegen das »Dührssen-Institut« protestiert [K9–10]).

Die eigentliche Gründungstagung der DGPT fand am 18. 9. 1950 in Braunschweig, auf einem großen öffentlichen Forum (mit 600 Zuhörern), statt. Im Vorstand waren Viktor von Weizsäcker (als Vorsitzender), Wilhelm Bitter (als Geschäftsführer), Vertreter der Arbeitsgruppen in Bremen (Hildegard Buder), Berlin (Harald Schultz-Hencke und nach der DPV-Gründung Carl Müller-Braunschweig), Heidelberg (Alexander Mitscherlich), München (Walter Seitz) und, als Vertreter der nichtärztlichen Psychotherapeuten, Wolfgang Hochheimer (Berlin).

Durch die Gründung der DGPT verlor das IfP, das als Keimzelle einer Standesvertretung gegolten hatte, diese Funktion.

Die szenisch-dramaturgische Seite der Strukturierungsphase der psychoanalytisch-psychotherapeutischen Bewegung in Deutschland gestaltete sich durch die Gründung der DGPT gegenläufig zu den heftigen Kontroversen um die Psychoanalyse, der Spaltung der DPG und der Neugründung der DPV. Carl Nedelmann legt die Überlegung nahe, dass eine Spaltung der psychoanalytischen Gemeinschaft in DPG/DPV erst durch die Absicherung der Gemeinschaft über die DGPT-Gründung möglich wurde.²⁶

Ich bin mir nicht sicher, ob DPV und DPG auch ohne DGPT hätten überleben können. Trotz aller schweren Krisen entschieden sich die auseinanderstrebenden Gruppen schließlich doch immer wieder zur Zusammenarbeit in dieser Dachgesellschaft.

Krise I 1955: der Vereinbarungsentwurf mit den Psychiatern

Schultz-Hencke geht, Mitscherlich kommt

Anlässlich der Gründungstagung der DGPT bekämpften sich die verschiedenen Richtungen noch heftig; ab September 1952²⁷ formierte sich eine Front gegen Schultz-Henckes Konzept der Synthese der verschiedenen Schulen, was Schultz-Hencke tief enttäuschte. Nachdem auch seine wissenschaftlichen Ambitionen scheiterten – die finanzielle Förderung seiner Schizophrenieforschung (Ende 1952) wurde abgelehnt²⁸ – gab er sich auch physisch auf. Schultz-Hencke starb am 23. Mai 1953 nach einer

²⁶ Nedelmann, Carl (1984): Anlage 4 zum Protokoll der Mitgliederversammlung der DGPT vom 26. 10. 1984 in Lindau.

²⁷ 2. Arbeitstagung der DGPT, 8.–11. 9. 1952.

²⁸ Absagen trafen ein vom Bundesministerium des Inneren und aus amerikanischen Förderungseinrichtungen (Foundation for Experimental Biology, Ford Foundation, Rockefeller Foundation) (Schultz-Hencke Bestand im DPG-Archiv).

Blinddarmoperation an einer Thrombose. Die Ärzte vermissten die »see-lische Mitarbeit« des Patienten (Lockot 2007, S. 32).

Die Lage der Psychotherapie in Deutschland war desolat, das wissen-schaftliche Niveau miserabel. Das Vakuum, das die zur Emigration ge-zwungenen DPG-Mitglieder hinterlassen hatten, zeigte sich jetzt, nachdem das wissenschaftliche Leben durch den Tod von Schultz-Hencke seinen Fokus der Auseinandersetzung verloren hatte, in drastischer Weise. »Was zurückblieb war zu wenig und aus diesem wuchs nichts rechtes Neues her-vor [...] Mittelmäßigkeit und 3-klassigkeit füllen das Feld«, schrieb der jungianisch orientierte Wolfgang Hochheimer an Alexander Mitscherlich.²⁹

Alexander Mitscherlich, ehrgeizig, charismatisch und ohne NS-Agenda, wuchs in dieses Vakuum hinein. Ab Herbst 1953 war er Geschäftsführer der DGPT und von 1958 bis 1964 ihr Vorsitzender. Sein Engagement in der DGPT war wohl nicht ganz uneigennützig. Um Fördergelder für seine Abteilung einzuwerben, konnte er seine Funktion als Vorsitzender in die Waagschale legen.³⁰

Als Mitscherlich die DGPT vertrat, hatte er noch keine anerkannte psychoanalytische Ausbildung – vor allem das Fehlen einer Lehranalyse machte ihn nicht nur persönlich, sondern auch berufspolitisch angreifbar. Im Dezember 1955 hielt Mitscherlich nach langem Zögern (Hoyer 2008, S. 273–277; Freimüller 2007, S. 186–189) seinen Aufnahmevortrag bei der DPV in Berlin. Mit der Auflage, sich einer Lehranalyse zu einem von der DPV bestimmten Zeitpunkt zu unterziehen, wurde er zunächst nur als außerordentliches Mitglied aufgenommen. Mitscherlich erlebte diese »Domestizierung« mit einem gewissen Groll³¹, nahm sie aber in Kauf, da

²⁹ 4. 6. 1953, Hochheimer an Mitscherlich, zit. nach Lockot 1994, S. 259f.

³⁰ 1. 3. 1954, Mitscherlich an Raiser (DFG): »Seit dem Herbst des vergangenen Jahres bin ich zum geschäftsführenden Vorsitzenden der DGPT bestellt worden. Ich möchte mir deshalb erlauben, nicht nur auf die Notlage meines Instituts sondern auf die einer ganzen Gruppe von Forschern hinzuweisen, die in Deutschland noch nie eine irgendwie ins Gewicht fal-lende Unterstützung genossen haben« (G.S.; I. HA Rep 92 H. Becker 890 Nr. 1061).

³¹ 16. 1. 1956, Mitscherlich an Müller-Braunschweig: »Ein wenig enttäuscht war ich, daß das, was ich freiwillig angeboten habe, nämlich mich noch einer weiteren Lehranalyse zu unterziehen, nun zur *conditio sine qua non* für meine Aufnahme als ordentliches Mit-glied geworden ist. [...] Sie wissen, wie sehr es mein eigentliches Anliegen ist, dieses Stück Horizontenerweiterung zu erleben. Das tue ich auch ohne Druck von alleine. Ich hätte es deshalb, wie wir es vereinbart hatten, begrüßt, wenn ich nach Jahresfrist noch-mals einen Vortrag bei Ihnen hätte halten dürfen und danach in jedem Fall meine Auf-nahme als ordentliches Mitglied erfolgt wäre, unabhängig davon, ob es mir bis zu diesem Zeitpunkt schon gelungen ist, einen Weg zu finden, auf dem ich meine Lehranalyse noch realisieren kann« (DPV-Archiv 13/180).

er mit seiner DPV-Zugehörigkeit seinen internationalen Aktivitäten ein besonderes Gewicht verleihen konnte, und die DPV hatte mit Mitscherlich eine Persönlichkeit gewonnen, die die Psychoanalyse publikumswirksam zu vertreten wusste.

Eingebettet in die sich entwickelnde intellektuelle Kultur der jungen BRD mit Horkheimer und Adorno, organisierte Mitscherlich eine Vorlesungsreihe zu Freuds 100. Geburtstag, an der auch Bundespräsident Heuss³² und der hessische Ministerpräsident August Zinn³³ teilnahmen. Es kamen international anerkannte und prominente Vortragende und Emigranten zurück nach Deutschland (Hermanns 2001, S. 39).

Aber auch das wissenschaftliche Leben der DGPT trug mit Themen wie psychosomatische Medizin und Sozialpsychologie deutlich Mitscherlichs Handschrift.³⁴ Gegen diese glänzende Präsenz hatte die DPG – bis Ende der 50er Jahre – »ein stilles Leben geführt«³⁵; nur aus dem entstehenden klinischen DPG-Zentrum in Tiefenbrunn wurde die Diskussion um die Gruppenanalyse³⁶ eingebracht, und Werner Schwidder³⁷ und Franz Baumeyer legten empirische Studien zur Entstehung von Neurosen und zu relevanten Heilungsfaktoren vor³⁸, um die Psychoanalyse im Diskurs mit der Psychologie, die ihr mangelnde Wissenschaftlichkeit vorwarf, respektabel zu machen. Das DPG-Profil einer empirisch-forschenden Gesellschaft, die ihre Ergebnisse mit Sozialpolitik zu verbinden vermochte, prägte Anfang der 60er Jahre Annemarie Dührssen, die, einer Anregung des Sozialpolitikers Ernst Schellenberg folgend, den Zusammenhang von

³² Einen Vortrag wollte Heuss allerdings nicht halten – denn: »ich bin so entsetzlich normal und habe mit der inneren Dämonie, oder wie man das nennen mag, nie interessante Gespräche zu führen gehabt« (Heuss an Horkheimer, 22. 9. 1956, zit. nach Albrecht 1999a, S. 139).

³³ Auch vier Jahre später, zur Eröffnung des Sigmund-Freud-Instituts, stand August Zinn Pate. Dem neuen Institut gab er seinen Optimismus über die Wirkung der Psychoanalyse mit auf den Weg: »Ein Staat, in dem die Erkenntnisse und das Verfahren der Tiefenpsychologie nicht nur bis tief in die Kliniken und ärztlichen Praxisräume, sondern auch in die Strafgesetze, in den Strafvollzug, in die Schulzimmer und in die sozialen Berufe eindringen können, ist wahrscheinlich irgendwie immun gegen Diktaturen« (zit. nach Berger 1996, S. 370).

³⁴ 17.–19. 4. 1958, Wiesbaden, 7. Arbeitstagung der DGPT.

³⁵ 4. 1. 1959, Generalversammlung der DPG, DPG-Archiv, 47/2.

³⁶ 15.–17. 11. 1956, Göttingen, 6. Arbeitstagung der DGPT.

³⁷ Seit 1951 war Schwidder in Göttingen, wurde 1959, nach Boehms Tod, DPG-Vorsitzender, war 1964–1968 DGPT-Geschäftsführer und 1968–1970 DGPT-Vorsitzender.

³⁸ 30. 9.–2. 10. 1955, Berlin, 5. Arbeitstagung der DGPT im Anschluss an den 20. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie.

Kostenersparnis bei organischen Erkrankungen bei Psychotherapiepatienten katamnestisch untersuchte und damit die Kostenträger von der Relevanz der analytisch orientierten Psychotherapie überzeugen konnte.³⁹

Kooperation mit den Psychiatern und Protest aus den eigenen Reihen

Um analytisch orientierten Psychotherapeuten berufspolitisch eine Grundlage zu schaffen, mussten AÄGP (Allgemeine Ärztliche Gesellschaft für Psychotherapie), DGPN (Deutsche Gesellschaft der Psychiater und Neurologen) und die DGPT untereinander eine Ausbildungs- und Berufsordnung abstimmen und sie den ärztlichen Standesorganisationen und Versicherungsträgern vorlegen.

Jetzt entschied sich Mitscherlich dazu, einen Justitiar für die DGPT zu bestellen. Seine Wahl fiel auf Hellmut Becker (Lockot 2007, S. 34), der über ein komplexes Netzwerk von Politikern und Kulturträgern aus der Weimarer Zeit, Deutschem Widerstand, nationalsozialistischem Establishment und intellektueller Emigrantenkultur verfügte (Raulff 2010, S. 383, 403, 404, 436–496). Die berufspolitische Verknüpfung – ohne die die DGPT mit ihren 210 Mitgliedern (1956) eine marginale Außenseiterrolle spielen würde – übernahm der der neoanalytischen Richtung angehörende Gottfried Kühnel.

Mitscherlich, von Kühnel beraten, handelte mit Kretschmer in einem »Vereinbarungsentwurf« einen ganz unspezifizierten äußeren Rahmen zur Absicherung der ärztlichen Psychotherapie durch den Zusatztitel »Psychotherapie« aus. Die Lehranalyse sollte keine zwingende Voraussetzung mehr sein. Ein Proteststurm schlug Mitscherlich aus den eigenen Reihen entgegen.⁴⁰ Das Münchener Institut forderte eine Urabstimmung, und alle Berliner Mitglieder im IfP reagierten »schockiert auf den Vereinbarungstext«.⁴¹ Es sei ein Rückschritt gegenüber den Entdeckungen Freuds –

³⁹ »Besonders die am Schluss des Aufsatzes aufgeführten statistischen Angaben, die ich dem Vortrag von Frau Dührssen im Herbst 61 in Düsseldorf entnommen habe, werden geeignet sein, die Vertreter der Kranken- und Rentenversicherung vom Werte einer lege artis durchgeführten analytischen Psychotherapie zu überzeugen. Wie Herr Haarstrick mir berichtete, hat dieser Aufsatz mit dem statistischen Material ihm bereits bei seiner Besprechung in Bonn gute Dienste geleistet« (25. 2. 1962, Masuch an Mitscherlich, DGPT-Archiv).

⁴⁰ Der Antrag wurde vom Vorstand einstimmig abgelehnt (Rundschreiben Nr. 24 vom 28. 3. 1955 an die Mitglieder des Vorstands und die weiteren Teilnehmer der erweiterten Vorstandssitzung, DGPT-Archiv).

⁴¹ 5. 3. 1955, Hochheimer an Mitscherlich, DGPT-Archiv.

fand Annemarie Dührssen –, wenn man, Kretschmers Forderung entsprechend, »analytische Psychotherapie« auf »Psychotherapie« reduzieren würde. Über diese Hintertür gewähre man den instabilen »kathartischen« Methoden vor den soliden, aber langwierigen analytischen Verfahren wieder freien Eintritt.⁴² Hochheimer beschwor die Existenz der DGPT: »Wenn diese Gesellschaft nicht gesprengt werden soll«, darf das Hauptbindeglied (nämlich die Berufsausbildung, -bezeichnung und -tätigkeit) nicht zerschnitten werden, um mit schlecht ausgebildeten Psychotherapeuten in eine Titelgemeinschaft zu treten. Vor allem die Einwände von Dührssen ärgerten Mitscherlich. Trotzdem ergänzte er seine Eingabe an den Deutschen Ärztetag in Bezug auf die Lehranalyse, indem er die freie Konkurrenz zwischen Ausgebildeten mit Lehranalyse und ohne Lehranalyse walten lassen wollte.⁴³

An der Seite der psychiatrischen Standesorganisationen verabschiedeten die Vorstandsmitglieder der DGPT am 15. 6. 1957 in Baden-Baden mit kleinen Nachbesserungen inhaltliche Richtlinien einer gemeinsamen Berufspolitik mit ihren eingeschränkten Weiterbildungsanforderungen (»Baden-Badener Richtlinie«) und sicherten sich gegenseitig im »Göttinger Burgfrieden« einen 10-jährigen Waffenstillstand zu.⁴⁴ Später wollte die DPV nicht mehr die Mitverantwortung für die dabei gemachten Konzessionen an die Psychiater übernehmen und schrieb sie dem Leitbild des ehemaligen Schultz-Hencke-Instituts zu.⁴⁵

Die DGPT profitierte nicht nur von Mitscherlichs Dominanz, seine Vorstandskollegen waren von seinem undemokratischen Führungsstil auch verärgert. Es kam zum Krach mit dem Vorsitzenden, Wilhelm Bitter. Da die DGPT nicht von »zwei Regierungen« gelenkt werden könne, bot Mitscherlich sogar seinen Rücktritt als Geschäftsführer an⁴⁶ und Bitter stellte seinen Posten als Vorsitzender zur Verfügung.

⁴² »Verzichten wir jetzt darauf, das Wesen der analytischen Psychotherapie von den übrigen Verfahren herauszuheben, so tun wir das zum Schaden der Kranken und in Vernachlässigung wissenschaftlicher Einsichten, die ich selbst ganz unbedingt für richtig halte« (4. 3. 1955, Dührssen an Mitscherlich, DGPT-Archiv).

⁴³ »Es ist der Ärztekammer deutlich, dass ein Teil der Psychotherapeuten mit Lehranalyse und ein Teil möglicherweise ohne Lehranalyse ausgebildet ist. Ich glaube, man sollte hier das Prinzip der freien Konkurrenz anerkennen und abwarten, bis sich herausgestellt hat, welche Therapeuten nun erfolgreicher arbeiten« (7. 3. 1955, Mitscherlich an Becker, DGPT-Archiv).

⁴⁴ 7. 2. 1961 Sozialrechtskommissionsrundsreiben von Brocher, Nr. 19, DGPT-Archiv.

⁴⁵ 2. 1. 1965, Richter an DPV-Vorstand, DPV-Archiv, 19/160, S. 1–3.

⁴⁶ 18. 4. 1957, Mitscherlich an Bitter, G.S.; I.HA Rep 92 H. Becker 890 Nr. 1061.

Das Auseinanderbrechen der DGPT wurde (1957) von Hellmut Becker verhindert. Er erinnerte die streitenden Parteien an die gemeinsame Verantwortung.⁴⁷

Vielleicht entluden sich in der Heftigkeit dieses Proteststurms Spannungen, die aus der Kränkung entstanden waren, als DPG-Analytiker international nicht anerkannt worden zu sein und damit die alleinige Verantwortung für den Mangel an Solidarität mit den jüdischen Kollegen tragen zu müssen. Die Botschaft war klar: Die DPG (vor allem Dührssen) kämpfte gegen die Korruption der Psychoanalyse durch Mitscherlich/DPV und die Psychiater.

Krise II 1961: Streit um die Lehranalytikerqualifikation

Felix Boehm und Carl Müller-Braunschweig, die hauptverantwortlichen Funktionsträger der letzten 25 Jahre, starben beide 1958 – so als sei nun auch symbolisch eine Ära zu Ende gegangen.

Die DGPT war inzwischen, 1959, auf 251 Mitglieder angewachsen – aber nur 36 ihrer Mitglieder gehörten den beiden Fachgruppen, DPV⁴⁸ und DPG⁴⁹, an. Damit waren 215 Mitglieder ohne Fachgruppenbindung. Die stärkste Gruppe in der DGPT war das Institut für Psychotherapie mit 55 Mitgliedern; nur 9 DPG-Mitglieder gehörten auch dem IfP an. Johanna Schmoeckel war die einzige, der der Spagat gelang, dem IfP anzugehören, am VAB/AOK-Institut angestellt zu sein und gleichzeitig die assoziierte Mitgliedschaft der DPV zu haben. Die Nationalsozialisten hatten sie als »Halbjüdin« klassifiziert; deshalb durfte sie nicht Mitglied im »Göring-Institut« werden, obwohl sie in der DPG ausgebildet worden war.⁵⁰

⁴⁷ Folgende Aufgaben erforderten den Zusammenhalt: Auseinandersetzung um den Zusatztitel, Verhandlungen mit den Kassen, Schwierigkeiten mit den Psychiatern, mit den Gesundheitsämtern und Gefährdung der Rechtsstellung der nichtärztlichen Psychotherapeuten (30. 4. 1957, Becker an Bitter und Mitscherlich G.S.; I. HA Rep 92 H. Becker 890 Nr. 1061).

⁴⁸ Die DPV hatte 36 Mitglieder (17 ordentliche und 19 assoziierte); 15 waren in der DGPT (7 der ordentlichen und 4 der assoziierten).

⁴⁹ Die DPG hatte 21 Mitglieder (keine assoziierten); alle waren in der DGPT.

⁵⁰ Schmoeckel, Johanna (2. 1. 1897 – 1. 2. 1969 Lindau). Bei der Abstimmung über Mitscherlichs Mitgliedschaft zweifelte ein DPV-Mitglied an ihrer rechtmäßigen Zugehörigkeit, und sie musste den entsprechenden Nachweis erbringen.

Die neue Psychoanalytikergeneration stellt sich vor

Mit Schwidders DPG-Vorsitz (1959) veränderte sich die Situation in der DPG: Die ursprünglich von Schultz-Hencke im Institut für Psychotherapie eingebundene Generation drängte erst jetzt, Anfang der 60er Jahre, in die DPG. 1961 waren die Hälfte der DPG-Mitglieder (26 von 52) auch Mitglieder im IfP (insg. 51). Auch die DPV gewann beträchtlich an Mitgliedern. Zwischen 1959 (17 Mitglieder, 19 assoziierte M.) und 1964/65 (30 Mitglieder und 28 assoziierte M.) hatte sie einen Zuwachs von insg. 22 Mitgliedern (inkl. Assoziierten).

Während die DPV-Mitglieder der DGPT-Mitgliedschaft eher ambivalent gegenüberstanden, war für die DPG-Mitglieder ihre DGPT-Zugehörigkeit eindeutig.⁵¹

Nach dem Mitgliederzustrom in der DPG, die von 21 Mitgliedern (1959) auf 52 Mitglieder (1961) angeschwollen war, fürchteten Mitscherlich, Brocher und Scheunert – also die DPV – für die DGPT eine »Machtübernahmetendenz« der zahlenmäßig stärkeren Schultz-Hencke-Gruppe, und Mitscherlich entschloss sich aus diesem Grund, noch für eine weitere Amtszeit (in Wiesbaden 1962) als DGPT-Vorsitzender zu kandidieren (also bis 1964).⁵²

In Frankfurt gründete Mitscherlich am 27. 4. 1960 das »Institut und Ausbildungszentrum für Psychoanalyse und Psychosomatische Medizin« (ab 1964 Sigmund-Freud-Institut). Die Vorsitzenden aller europäischen psychoanalytischen Vereinigungen waren anwesend.⁵³ Mitscherlichs Anknüpfen an die Tradition des Frankfurter Psychoanalytischen Instituts der Vorkriegszeit war ambivalent. Die noch lebenden Mitglieder des alten Instituts, Fromm, Meng und Foulkes (Fuchs) lud er nicht zur Einweihung ein (Laier 1996, S. 67).

Im September 1960 beging die DPV feierlich ihr 10-jähriges Bestehen in der Berliner Kongresshalle. Willi Hoffer, Scheunert und Mitscherlich betonten als Festredner einerseits die Kontinuität zwischen dem BPI und dem alten Berliner Psychoanalytischen Institut⁵⁴, verstanden sich aber andererseits als Pioniere der Nachkriegszeit, die einen Neuanfang gewagt hatten.⁵⁵

⁵¹ Von 34 DPV-Mitgliedern waren 24 in der DGPT; von den 42 DPG-Mitgliedern 40. Die DGPT hatte 305 Mitglieder.

⁵² 30. 10. 1961, Brocher an Scheunert, DPV-Archiv, 8/105.

⁵³ 18. 5. 1960, Mitscherlich an Bychowski, MA, I 825.3.

⁵⁴ 20. 7. 1962, Maetze (Leiter des BPI) an Krapf (Prof. Eduardo, World Health Organisation), DPV-Archiv 12/82,1.

⁵⁵ 21. 2. 1962, Scheunert an Baumeyer, DPV-Archiv, 8/40.

Die DPG wurde nicht eingeladen, was Baumeyer kränkte. Horst Eberhard Richter, Leiter des BPI, entschuldigte sich mit einem »Versehen der Sekretärin«. ⁵⁶ Gestärkt – oder vielleicht auch aufgebläht – von dem Mitgliederzuwachs, beging die DPG mit einer feierlichen Jahrestagung das 50. Jubiläum der DPG (4.–6. 11. 1960) in ihrem neuen klinischen Zentrum in Tiefenbrunn bei Göttingen. In ihrer Selbstdarstellung stellte sie sich ganz in die Freudsche Tradition. ⁵⁷ Das empörte die DPV. Die Neoanalyse wurde nicht erwähnt.

In der Generalversammlung der DPG wurde Bilanz gezogen: Schwidder sah die diversen Versuche der DPG, mit der DPV enger zusammenzuarbeiten, als endgültig gescheitert an. Die DPV lege keinen Wert auf eine Zusammenarbeit. ⁵⁸

Zusammen mit anderen »liberalen« Gruppen in Europa und in den USA, die nicht in der IPA organisiert waren, gründete die DPG am 30. Juli 1962 die International Federation of Psychoanalytic Societies (IFPS) in Amsterdam ⁵⁹, die sich ausdrücklich nicht als Gegengesellschaft zur IPA

⁵⁶ Aktennotiz von Baumeyer vom 21. 10. 1960, K6–149.

⁵⁷ In der Pressemitteilung heißt es: »Die psychoanalytische Gesellschaft verfolgt heute das Ziel, die von Sigmund Freud geschaffene Lehre lebendig weiter zu entwickeln und durch neue Erkenntnisse und Erfahrungen für theoretisches und praktisches Rüstzeug der psychoanalytisch arbeitenden Ärzte zu erweitern. Aus der Gesellschaft sind zahlreiche Wissenschaftler hervorgegangen, die entscheidende Beiträge zur Weiterentwicklung der Psychoanalyse geleistet haben, die aber zum großen Teil aus Deutschland emigrieren mussten und im Ausland zu hohem Ansehen gelangt sind. Die Gesellschaft sieht heute eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, die verschiedenartigen Bestrebungen und Richtungen der Psychoanalyse zu einer umfassenden psychotherapeutischen Erfahrungswissenschaft zu vereinigen« (K6–349).

⁵⁸ 30. 12. 1960, DPG-Generalversammlung, DPG-Archiv.

⁵⁹ 16. 9. 1960, Westerman-Holstijn an Grinker (Präsident der Academy of Psychoanalysis) (Kopie an Schwidder). Überlegungen zu dem Konzept der neuen internationalen psychoanalytischen Gesellschaft (IFPS) entstanden auf einer psychoanalytischen Konferenz zur weiblichen Sexualität in Amsterdam, organisiert von der Société Française de Psychanalyse und Netherlands Psychoanalytisch Genootschap; weiter nahmen an der Konferenz – neben einigen prominenten Psychoanalytikern (Hesnard, Lagache, Laforgue, Reik und Alexander) – Mitglieder der DPG, der psychoanalytischen Gruppe Straßburg, der neu gegründeten belgischen Gesellschaft für Psychoanalyse und der New Yorker Gesellschaft Freudianischer Psychologen teil. Die meisten Teilnehmer gehörten nicht der IPA an. Der persönliche Kontakt von europäischen und amerikanischen Psychoanalytikern sollte gepflegt und gefördert werden. Es sollte keine neue Dachgesellschaft gegründet werden, die sich in regionale Belange oder Ausbildungsfragen mischen wollte – auch keine Gegengesellschaft zur IPA; im Gegenteil: die Gesellschaft sollte den Rahmen für einen freien wissenschaftlichen Austausch undogmatischer Psychoanalytiker bieten (DPG-Archiv, 22).

verstand. Mit einer gleichberechtigten, parallelen Organisation erhoffte man sich eine Anerkennung durch die IPA – gleichsam auf »Augenhöhe«. Der die Gründung vorbereitende Kongress in Düsseldorf (6.–11. 9. 1961) wurde nach einer Intervention von Scheunert und Mitscherlich⁶⁰ bei Willi Hoffer von der IPA boykottiert. Eine ganze Reihe prominenter Psychoanalytiker zog ihre Zusage sehr kurzfristig zurück, nachdem ihre Teilnahme an dieser »Konkurrenz-IPV der Revisionisten«⁶¹ als Illoyalität der IPA gegenüber verurteilt worden war.⁶²

Wem gehört die Tradition?

Die DPV fürchtete nun die »Usurpation« der psychoanalytischen Tradition und Theorie durch die »Baumeyer-Kühnel-Schwidder-Gruppe«⁶³ und drohte der DPG mit einem Rechtsstreit, wenn sie nicht den Zusatz »gegr. 1910« – das Symbol für die Kontinuität der psychoanalytischen Tradition – von ihren Briefbögen entferne.⁶⁴ Konfrontiert mit dem Vorwurf, die Psychoanalyse in der NS-Zeit verraten zu haben, konterte die DPG – wenn auch nur anhand einer unterschweligen Anspielung – mit dem Hinweis auf Scheunerts NSDAP-Mitgliedschaft.⁶⁵ Da ein öffentlicher Prozess der Sache der Psychoanalyse sehr schaden würde⁶⁶,

⁶⁰ 28. 7. 1961, Schwidder an Westerman-Holstijn, DPG-Archiv, 22; 18. 7. 1961; Westerman-Holstijn an Schwidder; DPG-Archiv, 22; ein Brief von Alexander an Salzmann war wesentlich an Westerman-Holstijns Adresse geschickt worden, DPG-Archiv, 22, und 28. 7. 1961, Schwidder an Westerman-Holstijn, DPG-Archiv, 22.

⁶¹ 23. 7. 1959 Scheunert an Ammon, DPV-Archiv, 13/11.

⁶² Melanie Klein, Marie Langer, Anni Reich, E.D. Wittkower, Erik Erikson, Heinrich Racker (der bereits schwer krank war), Martin Grotjahn, Franz Alexander, Margaret Krafft, Theodor Reik, Sándor Radó, René Spitz, Angel Garma, Ludwig Binswanger, Gustav Bally, Herbert Rosenfeld, Edith Weigert kamen nicht. Einige gaben dem Druck der IPA nach, andere machten für ihr Fernbleiben Gründe geltend, die unabhängig von der IPA waren.

⁶³ 23. 7. 1959, Scheunert an Ammon, DPV-Archiv, 13/11.

⁶⁴ 1. 2. 1961, Scheunert an M. Brandt, Jerusalem, DPV-Archiv, 8/85, 1. Die Akten zum Rechtsstreit zwischen DPV und DPG um »gegründet 1910« umfassen den Zeitraum vom 17. 10. 1961 bis 19. 7. 1962 und sind nur noch im DPV-Archiv erhalten.

⁶⁵ 10. 4. 1962, außerordentliche Mitgliedervers. der DPG am 6. 4. 1962, DPG-Archiv, 47/2: »Insbesondere schlägt Herr Kühnel vor, den Hinweis auf den Entnazifizierungsbescheid des Herrn Scheunert wegzulassen und er empfiehlt folgende Formulierung: ›Sie wissen genau, dass es sich hierbei um Ihre Person handelt.«

⁶⁶ Schwidder hätte sich mit Scheunert ein kollegiales Gespräch gewünscht. »Wir scheuen keineswegs einen Prozess, denn der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Andererseits sind wir der Überzeugung, dass ein öffentlicher Prozess der Sache der Psychoanalyse und darüber hinaus der Psychotherapie sehr schaden würde. Ich glaube, es besteht nir-

verschwand das Thema ohne juristische Konfrontation zunächst wieder.⁶⁷

Diese Mischung aus Versöhnungswunsch und Angriff, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, speiste sich auch aus einer offenbar gut florierenden Gerüchteküche. Die DPV beschuldigte die DPG, beim Berliner Senat gegen die Bezuschussung der Jubiläumstagung intrigiert zu haben⁶⁸, und in der DPG wurde kolportiert (Dührssen), dass im Ausland erzählt werde, Scheunert sei KZ-Häftling gewesen.⁶⁹ Trotz allem bestand Schwidder darauf, der »versöhnliche« Part zu sein⁷⁰ – auch Scheunert gab sich versöhnlich und appellierte an Baumeyer über »Mauern, die wir selbst errichten«, nachzudenken und zu akzeptieren, dass die Tradition des alten Berliner Psychoanalytischen Instituts beiden Gesellschaften gehöre.⁷¹

gendwo Verständnis dafür, dass sich zwei psychoanalytische Gruppen öffentlich befehlen und notgedrungen Unterlagen vorlegen müssen, die für das Ansehen der deutschen Psychoanalyse schädlich sind. Wir schlagen daher vor, dass Sie die ultimative Forderung zurückziehen, auf einen Prozess verzichten, und dass entweder wir beide als die derzeitigen Vorsitzenden oder eine Kommission aus beiden Gesellschaften die strittigen Punkte klärt« (14. 4. 1962, Schwidder an Scheunert, DPG-Archiv, 50, und DPV-Archiv 14/30, 1-3). Im Gespräch zwischen Richter, Scheunert, Schwidder, Baumeyer – teilweise Mitscherlich – in Wiesbaden wurde keine Einigung erzielt. Eine schriftliche Äußerung erfolgte nicht – »anscheinend ist die Angelegenheit eingeschlafen« (30. 1. 1963, Schwidders Bericht in der DPG-Vorstandssitzung, S. 7, Punkt 8, DPG-Archiv).

⁶⁷ Anfang der 90er Jahre, im Zuge der historischen Sensibilisierung und Auseinandersetzung mit der Schuld, sich dem NS-Regime opportunistisch eingefügt zu haben, machte der Vorstand der DPG den Vorschlag, den Namenszusatz streichen zu lassen. Die Diskussion der Mitgliederversammlung führte zum Gegenteil – nämlich der Bestätigung des Zusatzes. Als die Diskussion 10 Jahre später wieder aufgenommen wurde, zeigte ein genaues Quellenstudium, dass der Zusatz »gegr. 1910« nie amtlicher Zusatz des Namens gewesen war (Lockot 2008).

⁶⁸ Aktennotiz von Baumeyer vom 21. 10. 1960: Richter hatte Baumeyer nicht zur Jubiläumstagung der DPV eingeladen, da er vermutete, »dass aus den Kreisen der DPG gegen die Arbeitstagung der DPV quergeschossen worden sei. Sie hätten nämlich für ihre Tagung einen Senatszuschuss beantragt; dieser sei zuerst [...] abgelehnt worden.« Baumeyer versuchte diese Beschuldigung durch den Hinweis zu entkräften, dass er erst unmittelbar vor der Tagung von ihr erfahren habe (K6-149).

⁶⁹ 6. 1. 1962 DPG-Generalversammlung, DPG-Archiv 47/2.

⁷⁰ »Im übrigen möchte ich empfehlen, dass wir trotz mancher Anzeichen von aktiver Zusammenarbeit dabei bleiben, die DPV zu Veranstaltungen und zu jeder möglichen Form von Zusammenarbeit einzuladen« (10. 8. 1961, Schwidder an DPG-Vorstand, DPG-Archiv, 47/2).

⁷¹ Zu den von der DPG errichteten Mauern zählte er den Zusatz der DPG »gegründet 1910«, der die DPV als »die »Spalter« darstelle. »Wir sollten *beiderseitig* respektieren lernen, dass die historische Entwicklung es mit sich gebracht hat, dass aus der früher einheitlichen psychoanalytischen Gruppe sich seit dem Ende der Nazizeit zwei in ihren wis-

Der prägende Einfluss internationaler Ausbildungskulturen und das Ausland als »moralische Größe«

In einem entscheidenden wissenschaftlichen Bereich unterschied sich die DPV von der DPG: Im Stile der Nachfolgeprogramme der amerikanischen Reeducation unterstützte Mitscherlich seine Mitarbeiter durch die Vermittlung von Auslandsstipendien inkl. Lehranalysen.⁷² Abgesehen von dem besonderen persönlichen und materiellen Einsatz, den diese Lehranalysen forderten, konfrontierte sich diese Analytikergeneration der DPV mit der Schuld der Deutschen auf eine sehr persönliche Weise⁷³; der DPG gegenüber gewann sie dadurch an identifikatorischer Identität und konnte auf die Loyalität der »Paten« zählen.

senschaftlichen Grundanschauungen differierende Gruppen entwickelt haben, die *beide* aus der *alten analytischen Tradition* der alten analytischen Gesellschaft gewachsen sind. Wir sollten *beiderseitig* darauf verzichten, uns gegenseitig als den eigentlichen und wahren Traditionsträger, den alleinigen Traditionsträger hinzustellen. Wir haben darauf verzichtet, indem wir 1960 ehrlich unser zehnjähriges Bestehen feierten. Ihre Gruppe feierte im Jahre 1960, 14 Jahre nach ihrer Gründung, ihr angeblich 50-jähriges Bestehen –! Das ist z.B. eine der Mauern, die Sie, Ihre Gruppe, errichteten« (21. 2. 1962 Scheunert an Baumeier, DPV-Archiv, 8/40).

⁷² 19. 9. 1957, Mitscherlich an Neuffer (Prof. Dr., Präsident der Bundesärztekammer), G.S. I. HA Rep 92 H. Becker 890. »Nach der langen Unterbrechung der Forschung in der Ausbildung auf dem Gebiet der tiefenpsychologischen Psychotherapie durch Nationalsozialismus und Nachkriegsschwierigkeiten ist es jetzt außerordentlich schwer, geeignete Fachkräfte zu finden, durch die eine Weiterbildung der interessierten Ärzte dem internationalen Entwicklungsstand entsprechend gewährleistet ist.« Mitscherlich schlägt vor, Schwerpunktinstitute für die Weiterbildung auszubauen und besonders geeigneten Ärzten Weiterbildung an den großen Ausbildungszentren in England, Holland und Amerika zu ermöglichen. Die WHO gewährt für 2 Jahre »fellowships«, wenn ein entsprechender Antrag von der deutschen Regierung eingebracht wird. Gleichzeitig hat Mitscherlich einen Antrag auf Unterstützung der »Psychologischen Medizin« bei der DFG eingebracht (G.S. I. HA Rep 92 H. Becker 890). Von Fuhlbright-Stipendien, der Rockefeller Foundation und der Deutschen Forschungsgemeinschaft profitierten: Dieter Eicke (London), Helmut Thomä (London und USA), Tobias Brocher (USA), Johannes Cremerius (USA), Lutz Rosenkötter (USA), Clemens de Boor (USA/Holland), Margarete Mitscherlich-Nielsen (London) und Alexander Mitscherlich (USA, London) (vgl. auch Schröter 1999, S. 102f.).

⁷³ Als Clemens de Boor sich bei Jeanne Lampl-de Groot vorstellte, um bei ihr eine Analyse zu machen, fragte sie: »Herr de Boor, waren Sie Nazi?« ich sagte: »Nein, ich war kein Nazi« [...] Dann habe ich bei ihr Analyse gemacht« (de Boor 2003, S. 644). Was wäre geschehen, wenn er gesagt hätte: »ich glaube eigentlich nicht – aber über das, was sich unbewusst in mir ereignet hat in dieser Zeit, bin ich verwirrt und tief beunruhigt?« War nicht mit dieser Art des Frage-Antwort-Spiels bereits ein Über-Ich installiert, das den Bestand der Beziehung von Unterwerfung abhängig machte?

Mit der Antisemitismusresolution auf dem Wiesbadener DGPT-Kongress (am 5. 5. 1962) wurde – im Vorfeld der Auschwitzprozesse in Frankfurt (1963) – ein klares moralisches Zeichen gesetzt⁷⁴, und schließlich nutzten Mitscherlich und Brocher ihre Positionierung auch, um aus der Unterdrückung der Psychoanalyse im Nationalsozialismus besondere Ansprüche – z. B. bei berufspolitischen Forderungen – abzuleiten.⁷⁵

Last but not least gab Ernest Jones in seiner dreibändigen Freud-Biographie (1960–62 [1953–57]) ein vernichtendes Urteil über die in Deutschland während des Nationalsozialismus verbliebenen Psychoanalytiker ab. Weder DPV noch DPG fühlten sich in der Lage, dazu Stellung zu beziehen.

Scheunert schrieb an Hans Müller-Braunschweig (7. 2. 1962): »Wie Sie sich vorstellen können, ist eine Geschichte der Psychoanalyse in der Nazizeit ein verdammt heißes Eisen. U.a. müssten sachlich falsche Darstellungen von Jones und seiner Freud-Biographie berichtigt werden. Eine historische Darstellung, die bestimmt in der Welt sehr kritisch angesehen werden wird« (DPV-Archiv 6/139).

Der prägende Einfluss der außerhalb von Deutschland stattfindenden DPV-Lehranalysen und die Erfahrungen mit internationalen Ausbildungskulturen blieben nicht ohne Folgen für die DGPT, da die neue DPV-Generation sich nun nicht mehr wie vorher den gemeinsamen DGPT-Richtlinien verpflichtet fühlte mit ihrer »zwingenden Empfehlung«,

⁷⁴ »Die DGPT stellt [...] folgenden Antrag: es ist eine Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung des Antisemitismus und Vorbeugung gegen seine Verbreitung zu bilden und mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. Nur auf diese Weise können wir uns gegen das erneute Auftreten einer Volksseuche schützen, die nicht tot ist, weil sie sich im Augenblick nicht hervorragt« (IfP-Archiv). Siehe dazu die Diskussion um die Antisemitismustheorie bei Albrecht 1999b, S. 197, die Mitscherlichs Resolution zugrunde liegt.

⁷⁵ 5. 12. 1960, Brocher an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (Abschrift, Anlage zum Vorstands Rundschreiben Nr. 17 vom 6. 12. 1960, DGPT-Archiv). In dem Antrag, die analytische Psychotherapie als kassenübliche ärztliche Heilmethode anzuerkennen, heißt es etwa: »Die Unterdrückung dieser wissenschaftlichen Methode [»analytische Psychotherapie«; R. L.] aus rassistischen Gründen durch den Nationalsozialismus führte in Deutschland zu einer schweren Behinderung in der Entwicklung und der Kontinuität der Ausbildungsmöglichkeiten. In den Nachkriegsjahren mussten deshalb in Deutschland die früher bestehenden Institutionen wieder aufgebaut, Ausbildungseinrichtungen neu geschaffen werden und eine neue Generation analytischer Psychotherapeuten für die Praxis herangebildet werden. Der wissenschaftliche Anschluss an den internationalen Standard war wieder herzustellen. Er ist jetzt im wesentlichen, wie die fortlaufende internationale Kontaktnahme zeigt, als erreicht anzusehen.« (Siehe auch Brocher an Werner Achelis vom 6. 5. 1966, mit Hinweis auf ähnliche Schreiben an die Gesundheitsbehörden in Hamburg und Nordrhein-Westfalen (DGPT-Archiv, Ordner Vogel 1).

zwei Lehranalytiker unterschiedlicher Richtungen aufzusuchen oder mit weniger als 200 Lehranalysestunden ausgebildet zu sein.⁷⁶

Die DPG war beunruhigt über den wachsenden Einfluss aus USA und England. In der DPV wurden nun 4- oder 5-stündige Lehranalysen gefordert, das Vorlesungsangebot war oft geringer als die DGPT-Richtlinien vorschrieben (wie am Frankfurter Institut, siehe Lockot 2007, S. 43) und die Lehrinhalte waren ausschließlich psychoanalytisch. Kühnel fürchtete ein Auseinanderfallen der DGPT. Die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Klärung wurde verworfen, »da die Konstellation in Deutschland nicht von wissenschaftlichen Gegensätzen, sondern von der Machtpolitik bestimmt wird.«⁷⁷

Psychotherapie à la Lindau

Der Gegenentwurf zur DPV-Ausbildung war – als Folge der Vereinbarung mit Kretschmer – die Schmalspurqualifikation durch die Lindauer Psychotherapiewochen, die Ärzten durch den Besuch von Kursen erlaubte, »kleine Psychotherapie« abzurechnen. Die DPV-DGPTler boykottierten die Lindauer Psychotherapiewochen, um nicht mit den »aktiv-klinischen analytischen Lindauer Psychotherapeuten« in Zusammenhang gebracht zu werden, die die kleine Psychotherapie nur propagierten, um die finanziellen Verhältnisse der Nervenärzte zu sanieren. Für die Krankenkassen wären dann langwierige analytische Verfahren nicht mehr finanzierbar und die große analytische Ausbildung würde als eine »esoterische und veraltete Quantité négligeable« abgetan werden.⁷⁸ Diese Diskussion um die »kleine Psychotherapie« war bereits – in fast identischer Weise – Ende der 20er Jahre in der von Ernst Simmel herausgegebenen Zeitschrift *Der Sozialistische Arzt* zur Darstellung gekommen.⁷⁹ Dagegen plädierte

⁷⁶ 13. 1. 1965, Brocher an Richter, DGPT-Archiv.

⁷⁷ 26. 10. 1963, Generalversammlung DPG, DPG-Archiv 47/2.

⁷⁸ 7. 2. 1961, Vorstands-rundschreiben Nr. 19 Sozialrechtskommissions-rundschreiben Nr. 2/1961, gez. Brocher, DGPT-Vorstands-rundschreiben von Brocher, DGPT-Archiv.

⁷⁹ 1928 konnte der Vertrauensarzt der Kasse 6 Psychotherapiesitzungen bewilligen (falls ein »ärztlich« begründeter Antrag vorlag) und nach weiteren Anträgen bis zu insg. 18 Sitzungen. Von manchen Ärzten wurde dieser Spielraum zur Aufbesserung ihres Honorars missbraucht. Um diesen Missbrauch einzudämmen, beriefen die Kassen eine Kommission ein, die die bestehenden »Richtlinien über die Bewilligung von psychotherapeutischen Leistungen« zu kommentieren und auszulegen hatte. Siegfried Bernfeld (1930, S. 58): »Die Ausschaltung aller verhältnismäßig gut begründeten ›von der Psychoanalyse abgeleiteten‹ Verfahren aus der Kassenpraxis und die Beschränkung auf ein Mindestmaß an Sitzungen ist meines Erachtens wissenschaftlich gänzlich ungerechtfertigt.« Schließ-

Schwidder für persönliche Präsenz, um vor Ort die DGPT-Ausbildungsposition zu verteidigen und Interessenten für eine reguläre analytische Ausbildung zu gewinnen.⁸⁰ Brocher fand die DPG-Position inkonsequent: einerseits kämpfte man um die sozialrechtliche Seite der Anerkennung der Neurose als Krankheit und empfehle andererseits die kleine Psychotherapie, die ohne solide Ausbildung vermittelt werde.⁸¹ Die DPG blieb, trotz kritischer Stimmen aus den eigenen Reihen, bei ihrer »Lindauer Unterstützung«; einige DPV-Mitglieder zogen schließlich nach.⁸²

Die Außenbindungen der Fachgesellschaften

Neben der starken Bindung der DPV an die IPA und der Gründung der IFPS unter maßgeblicher Mitwirkung der DPG gingen nun von den Jungianern eigene Gründungsimpulse aus, die nicht unbedingt der Linie der DGPT entsprachen.⁸³ Die drei Gruppen zweifelten jetzt gegenseitig an der Qualität der Ausbildung – und damit an der Qualifikation zum Lehranalytiker – der jeweils anderen Gruppen.⁸⁴ Die doppelte Loyalität zwischen nationaler und internationaler Organisation, der Streit um die Tradition und die Zweifel an der psychoanalytischen Kompetenz der jeweils anderen Gruppen waren Manifestationen eines hochexplosiven Gemischs.

Für die DGPT schien es keine Zukunft zu geben. Mitscherlich stellte den Antrag, »die Gesellschaft in drei Gesellschaften aufzuteilen da sowohl die Ziele als auch die fachlichen Auffassungen der Fachgruppen zu unterschiedlich sind und von daher eine gegenseitige Begutachtung undenk-

lich betrug die durchschnittliche Behandlungsdauer in der psychoanalytischen Poliklinik ca. 200 Std. (bei 4–5 Wochenstunden à 45 Min.).

⁸⁰ 24. 4. 1961, DGPT-Vorstands Rundschreiben, DGPT-Archiv.

⁸¹ 7. 2. 1961, Vorstands Rundschreiben Nr. 19 Sozialrechtskommissions Rundschreiben Nr. 2/1961, gez. Brocher, DGPT-Vorstands Rundschreiben von Brocher.

⁸² 2. 2. 1965, Mitscherlich an Richter, DPV-Archiv, 19/110: »Sie erinnern sich, dass es gerade Herr Baumeyer war, der so gegen diese Einrichtung wettete, bis dann die Schultzhencke-Gruppe dorthin eingeladen wurde, worauf man sich zu beteiligen begann. Jetzt sehe ich, dass auch Mitglieder der DPV dort mitmachen, und ich halte es keineswegs für sicher, dass wir unserer Sache damit dienen.« Siehe auch 15. 9. 1962, Masuch an Mitscherlich/Brocher/Haarstrick/Becker, DGPT-Archiv.

⁸³ So strebte die C.G. Jung-Gruppe nach der Gründung einer eigenen Gesellschaft, und in Stuttgart entstanden unter Bitters Leitung ein »Studio für angewandte Tiefenpsychologie« und das »Haus für Neurose Kranke« – beides Einrichtungen, die sich mit den Richtlinien der DGPT kaum noch vereinbaren ließen.

⁸⁴ 24. 4. 1961, Anlage zum Vorstands Rundschreiben Nr. 20, gez. Brocher, DGPT-Archiv.

bar«.⁸⁵ Allen Gruppierungen war klar, dass sie damit ihre politische Stoßkraft einbüßen und den erreichten Stand in der berufspolitischen Arbeit in Frage stellen würden. Da die Notwendigkeit von Kooperation, Verständigung und Kompromissfindung aus Gründen politischer Handlungsfähigkeit weiterhin bestehen blieb, einigten sich die Vorstandsmitglieder schließlich darauf, »dass die Gesellschaft in der bisherigen Form weiterexistieren soll«, ohne das Eigenleben der verschiedenen Gruppen davon zu berühren.

Krise III 1965: Die DPV erwägt den Austritt aus der DGPT

In der Öffentlichkeit war die DGPT als Interessenvertretung von Mitgliedern verschiedener Richtungen in standespolitischer Geschlossenheit in einigen Musterprozessen (Stuttgart, Berlin und Hannover) zur Anerkennung der analytischen Psychotherapie als Kassenleistung erfolgreich aufgetreten und galt, zusammen mit der AÄGPT, in Fragen der analytischen Psychotherapie als einzig legitimer Verhandlungspartner.⁸⁶

Die Ära Mitscherlich ging zu Ende und die Fachgesellschaften einigten sich darauf, sich in der Leitung der Gesellschaft abzuwechseln.⁸⁷ Damit war jetzt die DPG am Zuge. Schwidder übernahm die Geschäftsführung, Brocher, der von 1958 bis 1962 Geschäftsführer gewesen war, wurde bis 1968 Vorsitzender.

Boykott der DGPT-Vorstandssitzung

Die Kommunikation innerhalb des DGPT-Vorstandes war schwer gestört. Alle fünf DPV-Mitglieder des Vorstands (Brocher, Maetze, Mitscherlich, Richter, Scheunert) boykottierten die Vorstandssitzung der DGPT in Hannover vom 16. 6. 1965 mit fadenscheinigen Ausreden.⁸⁸ Die verblie-

⁸⁵ 17. 7. 1961, Vorstandsrundschreiben Nr. 21, »Wissenschaftliche und organisatorische Divergenzen innerhalb der DGPT«, DGPT-Archiv.

⁸⁶ 15. 2. 1964, Sievers an Brocher, DGPT-Archiv.

⁸⁷ »In diesem Zusammenhang erinnere ich Sie daran, dass Sie selbst, nach Absprache mit den Vorstandsmitgliedern der DPV, aber auch Herr Richter und Herr Thomä in Wiesbaden 1964 die Mitgliederversammlung und den neu gewählten geschäftsführenden Vorsitzenden die volle Unterstützung und Loyalität in dem Sinne versichert haben, dass alternierend alle zwei Jahre zwischen den beiden Gesellschaften der Vorsitz gewechselt wird (15. 7. 1965, Brocher an Maetze, DGPT-Archiv).

⁸⁸ Brocher nannte z. B. einen Vorderachschaden als Hinderungsgrund, verschwieg allerdings, dass er sich bereits gegen ein Kommen entschieden hatte (15. 7. 1965, Brocher an Maetze, DGPT-Archiv).

benen zehn Vorstandsmitglieder⁸⁹ waren befremdet⁹⁰; sie wurden über die wahren Hintergründe im Unklaren gelassen. Auf Schwidders Nachfragen hin unterstellte Brocher diesem »paranoide Phantasien«, räumte aber gleichzeitig Unzufriedenheit der DPV-Kollegen ein.⁹¹

Schwidder war keineswegs paranoid – denn in einer internen DPV-Diskussion wurden Argumente zum Austritt aus der DGPT gesammelt. Unzufriedenheit bestand mit Schwidders Führungsstil⁹², mit unzulänglicher Ausbildung der anderen Gruppen und dem schlechtem Niveau der DGPT-Kongresse.⁹³

⁸⁹ Baumeyer, Elsässer, Haarstrick, Hochheimer, Kühnel, Laiblin, Riemann, Schwidder, Vogel und als Sachberater Bach.

⁹⁰ 16. 6. 1965, Protokoll der Vorstandssitzung, DGPT-Archiv.

⁹¹ Brocher rechtfertigte das Verhalten der DPV-Kollegen: »aber wahrscheinlich kann man in unserem Fach nicht ohne paranoide Phantasien leben. [...] Aus der Tatsache, dass eine Reihe von Mitgliedern nicht gekommen sind zu folgern, dass dahinter ›wirkliche Motive‹ stünden, scheint mir insofern nicht ganz richtig, als Sie mit diesem Fernbleiben doch wohl den Gedanken verbinden, dass von Seiten der DPV eine fruchtbare Zusammenarbeit nicht mehr möglich wäre. Mir scheint dies über das Ziel hinauszuschießen. Vielleicht wäre es einfacher, sich nüchtern zu fragen, wo die Gründe der Unzufriedenheit gegenüber Ihrer Art der Geschäftsführung liegen. [...] Wenn Sie und der Rest des Vorstands aber unterstellen wollen, dass es ›wirkliche‹ Motive für das Fernbleiben gibt, so kann ich nur annehmen, dass eine telepathische Beeinflussung meiner Vorderachse im Sinne der Telekinese und Parapsychologie stattgefunden haben muss« (15. 7. 1965, Brocher an Schwidder, DGPT-Archiv).

⁹² Vorwürfe an Schwidders Geschäftsführung (»wohl eher Hilflosigkeit«): mangelnde Information des Vorstandes und der Mitglieder seit Januar 1965, fehlende Vorbereitung der Vorstandssitzungen, fehlerhafte Mitgliederliste, fehlende Kontoangabe auf dem Mitglieder-rundschreiben – damit fehlende Geldeingänge, Verhandlungen mit anderen Gesellschaften ohne Verständigung des Vorstands, einseitige Information der DPG, »Verabredungen und Verhandlungen zu Fusionen mit den Psychiatern, über die der Vorstand nicht voll informiert ist, fehlende Information des Vorstandes über Organisationsveränderungen von Instituten (Göttingen), Verhandlungen im Namen der DGPT für Ziele der DPG. Brocher räumt allerdings ein, dass all das »an einem nicht funktionierenden Büro« liegen könne. »Vorwürfe über politisch-taktische Verhandlungen jedoch könnten sich als Bumerang erweisen, wenn gleiche Bestrebungen der DPV aufgedeckt würden. »Abgesehen von der Göttinger Gründung, für die das Plazet des Vorstandes nötig gewesen wäre, ist formale Korrektheit kaum schwerwiegend zu tadeln« (16. 7. 1965, Brocher an Richter, Thomä und Ehebald, DGPT-Archiv). »Mein persönlicher Vorwurf Herrn Schw. gegenüber, dass er meiner Meinung nach rein aus politischen Gründen ein psychoanalytisches Mäntelchen züchtig um seine neoanalytische Unzucht hüllen möchte, hat, wie mir klar wurde, mit der augenblicklichen Situation der DGPT wohl wenig zu tun« (3. 7. 1965, Ehebald an Brocher DGPT-Archiv).

⁹³ Die DGPT solle den Anspruch, eine wissenschaftliche Fachgesellschaft zu sein, aufgeben: »Gemeinsame Arbeitstagen und Kongresse sind natürlich ein Nonsens. Diese müssten dann ja entweder je nachdem, wer den Vorsitz hat, mit psychoanalytischem,

Am schwersten wog aber, dass sich die Funktion der DGPT für die DPV verändert hatte. Nach Richters Einschätzung hatte die DGPT ihre ursprüngliche Hauptaufgabe, nämlich die eines defensiven Schutzbündnisses gegen die Psychiatrie zu sein, praktisch erfüllt; denn nach geltendem Arztrecht wurde der Zusatztitel unabhängig von der Zugehörigkeit zur DGPT von den Landesärztekammern vergeben, und die Versicherungsträger suchten sich selber Ärzte über die Mitgliederlisten der Fachgesellschaften zur Zusammenarbeit aus.⁹⁴

Mitscherlich hielt die von den Psychiatern ausgehende Gefahr für keineswegs gebannt und fürchtete in der Kooperation des Göttinger DPG-Instituts (eines Ausbildungszentrums für Psychotherapie und Psychoanalyse, August 1963) mit den Psychiatern ihren Machtzuwachs. Mit der »Vermählung zwischen Psychiatrie und Psychotherapie der handlich gemachten und billig verkauften neo-analytischen Psychotherapie zur beiderseitigen Zufriedenheit« – so Mitscherlich an Richter – sei es den psychiatrischen Ordinarien gelungen, die Front der DGPT aufzubrechen und die Neo-Analytiker – wie man in der Sprache der Agenten sagt – gegen uns »umzukehren«. Damit riskiere Schwidder das Auseinanderfallen der DGPT.⁹⁵

Für Richter ging die Gefahr von einer verkappten Konkurrenz zwischen DPV und DPG innerhalb der DGPT aus. Außenstehende könnten nicht mehr unterscheiden zwischen Psychoanalyse und einer »elegant verwässerten [...] neoanalytischen Psychotherapie«. Die Schwidder-Gruppe betreibe einen Etikettenschwindel. In ihrer »Sprachregelung« werde die psychoanalytische Terminologie von Übertragung, Widerstand usw. verwandt – dagegen sei der Terminus »Neoanalyse« verschwunden: »wie in der analytischen Behandlung« bedrohe »eine scheinheilige Identifizierung den Fortschritt der Psychoanalyse mehr als jede andere Form von Widerstand«⁹⁶, und Werner Becker vom BPI kritisierte die Intoleranz der

neo-psychoanalytischem oder gar jungian'schem Blut aufgepumpt werden. Dies aber wird, je mehr sich die einzelnen Gesellschaften [= DPV, DPG und DGAP] konstituieren, doch zu immer mehr Unzuträglichkeiten führen. Dem Publikum wird dann eine Einheit demonstriert, die einfach eine Lüge ist« (3. 7. 1965, Ehebald an Brocher, DGPT-Archiv). DPG und DPV hatten vereinbart, die Diskussion über die psychogene Herzsymptomatik, die auf dem Wiesbadener Kongress begonnen wurde, am 12. 6. 1964 in Berlin fortzusetzen. Richter und Baumeyer legten ihre Standpunkte in kurzen Statements noch mal dar. Zwei Jahre später wurde die Veranstaltung von Werner Becker negativ beurteilt (am 30. 7. 1966 an Baumeyer, DPG-Archiv 47/2).

⁹⁴ 25. 4. 1965, Richter an Mitscherlich, DPV-Archiv 19/106.

⁹⁵ 15. 7. 1965, Brocher an Schwidder, S. 3, DGPT-Archiv.

⁹⁶ 25. 4. 1965, Richter an Mitscherlich, DPV-Archiv 19/106.

Schultz-Henckischen Amalgamierungsbestrebungen – die die Lebensfähigkeit anderer Gruppen bestritten und sie »quasi ›auffressen‹«. ⁹⁷

Damals wehrte sich Baumeyer im Namen der DPG gegen die Aspekte der DPV-Kritik, die offen verhandelt wurden: Die DPG wolle die DPV keineswegs »auffressen«; auch sei sie nicht mit Schultz-Hencke gleichzusetzen, denn es gebe in ihr Freudianer und einige, die Aspekte von Schultz-Henckes Lehre als Fortschritt verstünden, die in die Psychoanalyse zu integrieren seien. ⁹⁸

Richters Vision einer DGPT sah eine Organisation vor, in der »drei etwa ähnlich potente und in ihrer Identität klar gegeneinander abgegrenzte Gruppen wie Freudianer, Neoanalytiker und Jungianer« in standespolitischen Fragen zusammenarbeiten würden und für wissenschaftliche Diskussionen zur Verfügung stünden. Zur Zeit waren die Jungianer das schwächste Glied, das »praktisch zwischen den Neoanalytikern und uns zerdrückt« würde.

Während die Schwidder-Gruppe »eine totale Verschmelzung bis hin zur Anerkennung der Lehranalytiker, Ausbildungsinstitute, einzelnen Lehranalysen, Überwachung von Instituts-Programmen nach Inhalt und Stundenzahl usw.« – gemäß ihrer theoretischen Überzeugung – wolle, wünsche die DPV die DGPT nur als einen organisatorischen Rahmen für die Vertretung in standespolitischen Fragen. ⁹⁹

⁹⁷ 18. 7. 1966, Becker (BPI-Vorsitzender, aber »persönliche Äußerung«) an Baumeyer, DPV-Archiv 20/29,2.

⁹⁸ 30. 7. 1966, Baumeyer an Becker, K9–10.

⁹⁹ »Nach meinem Eindruck befindet sich die DGPT in einer tiefen Identitätskrise, die nicht durch einzelne Beschlüsse etwa hinsichtlich der Ausbildungsstandards, usw. mehr repariert werden kann. Außerdem, so finde ich, sind wir heute wirklich stark genug, um uns oder eine einzelne Gruppe von uns, etwa die Nichtärzte, in standespolitischen Fragen zu schützen. Wir sehen ja auch wie Herr Schwidder Herrn Brocher in allen politischen Fragen, z. B. Göttingen, Freiburg usw. kaltstellt, dass die DGPT überhaupt keine echte Basis für die Lösung gemeinsamer politischer Fragen mehr ist. Denn das Verhalten von Herrn Schwidder ist ja keine zufällige Ungeschicklichkeit oder Bösartigkeit, sondern in meinen Augen nur symptomatisch für die Tatsache, dass eine wirklich verbindliche Basis für eine faire Kooperation nicht mehr besteht. [...]. Wenn wir unseren Weg allein gehen, brauchen wir nicht dauernd besorgt zu sein, dass Herr Schwidder in unserem Namen nach außen hin DPG-Politik macht. Und wir müssten, wenn wir in Zukunft an die Reihe kämen, nicht die DPG als eine Art Siamesischen Zwilling mit uns herumschleppen« (25. 4. 1965, Richter an Mitscherlich, DPV-Archiv 19/106).

Unterliegt die DPV einem Wiederholungszwang?

Brocher fürchtete, dass der Austritt der DPV aus der DGPT einem Wiederholungszwang der DPV unterliegen könne¹⁰⁰, und Mitscherlich jammerte, dass die DGPT wohl »eines jener Kinder [sei], die man eben doch nicht am Leben halten kann«. ¹⁰¹ Nur Richter zeigte sich kämpferisch dazu bereit, ein zweites Mal »Vorwürfe des Verrats, des arroganten Narzissmus usw.« in Kauf zu nehmen (S. 6), da er durch einen Verbleib in der DGPT fürchtete, »uns selbst als Psychoanalytiker« zu verraten.¹⁰²

Vor diesem letzten Schritt, aus der DGPT auszutreten, ließ Brocher (bei der Vorstandssitzung vom 16. 6. 1965, bei der die DPV-Mitglieder fehlten) die Überführung der Gesellschaft in einen Berufsverband diskutieren. Schwidder und die übrigen Vorstandsmitglieder lehnten den Vorschlag ab: 120 nichtärztliche Mitglieder (von insg. 306 Mitgliedern) hätten keinen Interessenverband mehr und die nichtfachgebundenen Mitglieder benötigten den wissenschaftlichen Austausch auf Kongressen der DGPT.¹⁰³

Schließlich gelang es dem Justitiar der Gesellschaft, Johannes Vogel, beide Parteien wieder zu einer Kooperation zu veranlassen.¹⁰⁴ Das Auseinanderbrechen der DGPT sei »verhängnisvoll für die Psychotherapie in Deutschland«. Trotz aller Kompromisse repräsentierte die DGPT in Deutschland als anerkannter Partner die analytische Psychotherapie in der Gesundheitspolitik. Als »reiner Berufsverband« wäre das Renommee der DGPT sehr schnell verloren, und sie wäre politisch, wegen ihrer geringen Mitgliederzahl, völlig unbedeutend. 400 Therapeuten standen 3000 Nervenärzten gegenüber, die erklärten, die volle Versorgung übernehmen zu wollen.¹⁰⁵ Sollte sich die DGPT auflösen, hätte die DPV auch keinen Bündnispartner mehr, um übergreifende Standesforderungen durchzusetzen. Am ehesten käme zwar die AÄGP infrage, die sich aber wohl kaum um die dogmatisch festgelegten DPV-Mitglieder reißen würde. Die AÄGP würde dann wohl eher mit der DPG und den Jungianern koalieren

¹⁰⁰ 31. 1. 1965, Brocher an Richter, DGPT-Archiv: »Die Gefahr eines Austritts der DPV bestünde wohl darin, dass sich ein ähnlicher Vorgang wiederholt, wie damals, als die Psychoanalytiker aus der DPG austraten«.

¹⁰¹ 22. 6. 1965, Mitscherlich an Becker, MA, I 405.

¹⁰² 26. 6. 1965, Richters (DPV-Vorsitzender) Rundschreiben, DPV-Archiv, 19/155.

¹⁰³ 16. 6. 1965, Protokoll der Vorstandssitzung, DGPT-Archiv.

¹⁰⁴ 14. 7. 1965, Vogel an Richter, DGPT-Archiv.

¹⁰⁵ Diese Größenordnungen wurden von Baumeyer in der Diskussion vom 11. 1. 1968 mit Vogel um »Die Situation der Psychotherapeuten nach Inkrafttreten der RVO-Richtlinien« eingebracht (K-neu, DPG-Archiv).

und die DPV als IPA-Provinz sich zwischen diesen Blöcken nicht durchsetzen können. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit war – unter dem Vorsitz von Mitscherlich und Brocher – Psychotherapie gleichbedeutend mit Psychoanalyse geworden. Ohne die DGPT würde Psychotherapie – und damit auch Psychoanalyse – wieder in der Provinzialisierung und Zersplitterung versinken.

Vogels Grundsatzserklärung endete mit der Feststellung: »Die DPV hat keinen Alleinvertretungsanspruch auf ›Psychoanalyse‹ und ihr schadet die Vereinigung mit der DPG und den Jungianern nicht.« Als kleine Gruppe, die sich dogmatisch ständig bemerkbar machen müsste, würde sie sehr schnell in den Ruf einer Sekte geraten, »was der Sache stets zu schaden pflegt«. ¹⁰⁶

Brocher kritisierte nun das Fernbleiben von der Hannoveraner Sitzung und forderte Loyalität zwischen DPV und DGPT in einer Form ein, »dass die DGPT weder zu einem Alpdruck für die DPV wird, andererseits aber auch ein Austritt aus der DGPT nicht alles bisher Erreichte wieder in Frage stellt«. ¹⁰⁷ In der DGPT-Mitgliederversammlung wurde der Antrag der DPV, die Gesellschaft in einen Berufsverband umzuwandeln, abgelehnt. ¹⁰⁸

Die streitenden Parteien konnten sich offenbar auf ihren Justitiar verlassen – denn er unterschied deutlich zwischen politischen Machtverhältnissen und den narzisstisch hochbesetzten Identitätskonzepten der Gesellschaften. Amalgamierung als Verschmelzung der verschiedenen psychoanalytischen Richtungen musste nicht mehr wie zur Zeit der NS-Herrschaft mit einem politischen Machtanspruch gleichgesetzt werden. Psychoanalyse war auch in der Kooperation mit Angehörigen anderer Ausrichtungen praktikierbar.

Krise IV 1967: Gemeinsam errungener Erfolg und kontroverse öffentliche Inszenierung

Am 1. 10. 1967 traten die Psychotherapie-Richtlinien für die gesetzlichen Krankenkassen in Kraft. Heute würdigen wir diese Grundlage der Professionalisierung unserer Zunft als Keystone unserer beruflichen Existenz.

¹⁰⁶ »Das würde aber zur Folge haben, dass die Psychoanalyse als kleine Provinzdependenz einer internationalen Gesellschaft zwischen den großen Blöcken der Psychotherapie / Psychiatrie und der Psychologie sich kaum wird durchsetzen können. Ob die Psychoanalytiker auf diesem Wege leichter zu Universitätslehrstühlen kämen, wage ich sehr zu bezweifeln« (14. 7. 1965, Vogel an Richter, DGPT-Archiv).

¹⁰⁷ 15. 7. 1965, Brocher an Maetze, DGPT-Archiv.

¹⁰⁸ 20. 5. 1966, Mitgliederversammlung, Bonn, und Protokoll der Mitgliederversammlung vom 1. 10. 1965, S. 4f. DGPT-Archiv.

Damals wurden skeptische Stimmen aus allen Lagern laut, da die Anerkennung der analytischen Psychotherapie als Kassenleistung die DGPT an den Vertrag mit den Psychiatern band.¹⁰⁹ Die DPV erhob Einwände gegen Schwidders »Göttinger Lösung«¹¹⁰, und die DPG äußerte Bedenken gegen die Modalitäten der Zusammenarbeit mit den Psychiatern im Heidelberger Modell (»Ausbildungsprogramm für Psychotherapie«).¹¹¹ Einig waren sich DPV und DPG darin, dass der Baden-Badener Kooperationsvertrag mit den Psychiatern zu einer »unglückseligen Entwicklung in der Praxis« geführt hatte. Während Richter die Vereinbarung aufkündigen wollte, suchte Schwidder nach einer pragmatischen Lösung, bei der er in kleinen Schritten die Psychiater von der Notwendigkeit der Lehranalyse zu überzeugen suchte.¹¹²

Vor allem das BPI verweigerte seine Zustimmung zur Kassenregelung, und Werner Becker sah darin die Zerstörung der wesentlichsten wissenschaftlichen Grundvoraussetzungen der Psychoanalyse.¹¹³ Er zog die Konsequenz und machte ausschließlich Privatbehandlungen. In der DPG erinnerte Wiegmann daran, dass die DPG »eine Wächterin über die psychoanalytischen Essentials« sein sollte, »die durch die Kassenanalyse unter die Räder zu kommen drohten«. Nirgends dürfe »aus einer Not eine Tugend gemacht« werden. »Die DPG verliert ihre Existenzberechtigung, wenn sie sich nicht von der DGPT abhebt und ihren geschichtlichen Auftrag vergisst«.¹¹⁴ Ein Teil der Mitglieder wollte, dass die Patienten ihre Analysen weiterhin selber bezahlten, andere gaben sich mit der informel-

¹⁰⁹ 11. 1. 1968, Diskussion mit Vogel um »Die Situation der Psychotherapeuten nach Inkrafttreten der RVO-Richtlinien«, K-neu, DPG-Archiv.

¹¹⁰ Das Ausbildungszentrum für Psychotherapie und Psychoanalyse des Instituts für Psychotherapie in Göttingen kooperierte mit der Psychiatrischen Universitätsklinik (August 1963). Richter äußert sich kritisch darüber, dass in dem Programm nicht ausschließlich psychoanalytisch-psychotherapeutische Veranstaltungen angeboten wurden (14. 11. 1964, Vorstandssitzung DGPT Hannover, DGPT-Archiv).

¹¹¹ 19. 5. 1966, Protokoll der Vorstandssitzung der DGPT. Zum Heidelberger Modell Kommentare von Thomä, Brocher und Schwidder.

¹¹² 8. 2. 1966, DGPT-Vorstandssitzung v. 29. 01, DPG-Archiv, 168.

¹¹³ Werner Becker hielt die Vertreter der Kassenanalyse – vor allem die DPG-Kollegen, die meinten, »die bisher international gültige Psychoanalyse zu einer 150-Stunden Symptombewältigungstherapie« machen zu können – für omnipotent. Für ihn war es eine Zumutung, dass die analytische Arbeit eines Kollegen, dessen Patienten im Durchschnitt 4–5 Jahre in Analyse sind, von einem anderen Kollegen begutachtet werden sollte, der zu der der »150-Stunden-Psychotherapie« anhängenden Richtung gehörte (22. 4. 1968, Becker an Schwidder, DGPT-Archiv).

¹¹⁴ 17. 2. 1972, Wiegmann an den DPG-Vorstand und Arbeitsgruppenleiter, DPG-Archiv, 21.

len Kostenregelung zufrieden, die eine Drittelung der Kosten zwischen Krankenkasse, BfA und Patienten vorsah (das »Münchner Modell«) (Dührssen 1987).

Letztlich scheinen aber mit der Anerkennung der analytisch orientierten Psychotherapie als kassenpflichtige Leistung die Grundsatzdiskussionen in der DGPT zu einem Ende gekommen zu sein – Ina Weigeldt (DGPT-Vorsitzende 1981–1983) meinte: »Als es um's Geld ging, hörten die Konflikte auf« (30. 3. 2009, pers. Mitteilung). Auch später gab es noch Konflikte, die aber – so wurde mir einstimmig von ehemaligen DGPT-Vorsitzenden versichert – nicht die Existenzfrage der DGPT berührten, stärker themenbezogen waren und sich weniger abhängig von den Fachgesellschaften darstellten (15. 6. 2009, Streck, pers. Mitteilung).

Zeitgleich entwickelten sich zwei parallele Konfliktcluster: auf der Ebene des »offiziellen« DGPT-Diskurses gab es Kontroversen um die Integration des von Anneliese Heigl-Evers 1967 gegründeten »Deutschen Arbeitskreises für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik« (DAGG) in die DGPT¹¹⁵; zugleich ging es in der publizistischen Öffentlichkeit um eine polemische Kritik der DPV (Brocher) an der DPG.

»Gruppendynamik« war Brochers »Kind«¹¹⁶, das sich seit 1960 aus Balint-Gruppen für Ärzte nach dem Modell der Tavistock Clinic am

¹¹⁵ Psychoanalytische gruppentherapeutische Verfahren waren ebenfalls Bestandteil der neuen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) und damit als Kassenleistungen abrechenbar. Richter war enttäuscht und befremdet darüber, dass die Gründung der DAGG nicht im DGPT-Vorstand besprochen worden war. Er warf Schwidder vor, dass diese legitime Anwendungsform der Psychoanalyse, die damit »automatisch unter die satzungsgemäßen Aufgaben der DGPT« fiel, nicht zum Thema der Vorstandssitzung gemacht worden war (10. 4. 1967, Richter Schwidder, DPV-Archiv, 50/36).

¹¹⁶ 1962 erhielt er ein Stipendium der DFG zur psychoanalytischen Weiterbildung in London, war Gast des British Institute for Psychoanalysis und arbeitete an der Tavistock Clinic (John Sutherland) und am Tavistock Institute of Human Relations (Harold Bridger). In Lausanne gründete er das European Institute for Transnational Studies of Group and Organisational Development, gemeinsam mit Warren Bennis, National Training Laboratories, USA, Harold Bridger und Erik Trist, beide Tavistock Institute of Human Relations. Brocher fühlte sich verpflichtet, sein in London erworbenes Wissen für die DPV und ihre Institute anzuwenden. Kooperationspartner des Sigmund-Freud-Instituts (SFI) war das Institut für Sozialforschung (ISF) und die Industrie, die die Ausbildung ausgewählter Kandidaten in Leicester, Bethel, Atlanta und Oxford finanziell unterstützte. Konflikte waren mit dem ISF entstanden, das die Förderung von qualifizierten Kandidaten blockierte. Horkheimer fürchtete, dass Mitscherlich/Brocher, die eine sozialpsychologische Abteilung am SFI gründen wollten, etwas annektierten, was vom ISF bzw. vom Studienbüro entwickelt worden war (4. 9. 1964, Brocher an Mitscherlich, I 699.24).

Frankfurter Institut entwickelt hatte¹¹⁷; nun schien die DPG dieses Thema zu besetzen.¹¹⁸

Die Konkurrenzspannung zwischen DPV und DPG, die sich am Thema »Gruppentherapie und Gruppendynamik« aufgebaut hatte¹¹⁹, entlud sich in einem Radiovortrag, den Brocher am 21. 5. 1967 zum 111. Geburtstag von Freud hielt.¹²⁰ Es folgte eine kontroverse Korrespondenz mit Schwidder¹²¹, in der die DPG dazu herausgefordert wurde, sich als neoanalytische Gesellschaft eindeutig zu positionieren. Schwidder sah dazu keine Veranlassung – vielmehr war er schockiert, dass Brocher als DGPT-Vorsitzender in der Öffentlichkeit intolerant und polemisch alle von der Freudschen Lehre abweichenden analytischen Therapieeinflüsse als eine »Mischung von Anpassungsbeziehungen, psycho-pädagogischer Beeinflussung usw.« charakterisiert hatte und die DPG in manipulatorischer Weise mit dem Nationalsozialismus in Verbindung brachte. Es kam zu einer Generalabrechnung: Schwidder stellte klar:

- dass die DPG keine Gesellschaft von Neopsychanalytikern sei,
- dass sie die Bezeichnung »Neoanalyse« niemals gehabt oder eingeführt und sie deshalb auch nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt fallen gelassen habe,
- dass die Vorsilbe »Neo« nur in der engeren Arbeitsgruppe Schultzenhenckes zur Kennzeichnung seiner Arbeitsrichtung verwandt worden war,

¹¹⁷ 29. 6. 1962, Mitscherlich an Bondy, DGPT-Archiv, und 3. 9. 1964, Brocher, »Zeitplan der Entwicklung der Gruppendynamik«, MA, I 699.24a.

¹¹⁸ Unter der Leitung von Kühnel, Schwidder und seit 1959 Anneliese Heigl-Evers entwickelte sich an der Klinik für psychotherapeutische und psychosomatische Medizin des Landes Niedersachsen ein Konzept von Gruppenpsychotherapie, das sich an Paul und Raoul Schindler orientierte.

¹¹⁹ 30. 5. 1967, Schwidder an Vogel: »Leider haben sich durch den Vortrag von Herrn Brocher die Spannungen wieder verschärft [...]. Unter dem Eindruck der Ausführungen von Herrn Brocher bin ich etwas zurückhaltender hinsichtlich der Einbeziehung der Gruppenpsychotherapie in unser wissenschaftliches Programm gewesen, vertrete aber inhaltlich den Standpunkt, den wir besprochen hatten. Ich würde es wirklich begrüßen, wenn eine Belebung der wissenschaftlichen Aktivität innerhalb der Gesellschaft möglich wäre und damit auch der Stil der Auseinandersetzungen sich ändern könnte.«

¹²⁰ Der genaue Wortlaut ist mir nicht bekannt.

¹²¹ Schwidder bezog den DGPT-Vorstand in die Kontroverse ein (27. 5. 1967, Schwidder an Brocher, DGPT-Archiv; 29. 5. 1967, Schwidder an Richter, DGPT-Archiv; 30. 5. 1967, Schwidder an Haarstrick; 30. 5. 1967, Schwidder an Bitter, DGPT-Archiv; 1. 6. 1967, Brocher an Vogel, DGPT-Archiv; 9. 6. 1967, Schwidder an Brocher, DPG-Archiv, 168; 13. 6. 1967, Brocher an Schwidder, DPG-Archiv 168; 21. 6. 1967, Schwidder an Brocher, DPG-Archiv 168; 26. 6. 1967, Brocher an Schwidder, DPV-Archiv 50/2; 26. 6. 1967, Vogel an Brocher, DGPT-Archiv.

- dass 1950, bei der Trennung von der DPV, mehr als die Hälfte der in der DPG verbliebenen Mitglieder nicht der Arbeitsgruppe Schultz-Henckes angehörten,
- dass eine Umbenennung der DPG zu keiner Zeit jemals zur Debatte gestanden hätte,
- dass das Gründungsdatum der DPG »gegr. 1910« bei der Wiederzulassung der Gesellschaft in Berlin unter dem Vorsitz von Müller-Braunschweig, also im Jahre 1946, wieder dem Gesellschaftsnamen beigefügt worden und beibehalten worden war.

Schwidder bekräftigte, dass wissenschaftliche Differenzen, auch um Schultz-Henckes Auffassungen, innerhalb einer Fachgesellschaft ertragen und diskutiert werden könnten. Er verstand nicht, warum Brocher »bei aller Kritik [...] das ehrliche Bemühen anderer Arbeitsrichtungen um Neurosenlehre und analytische Therapie« nicht anerkannte. Eine sachlich-kritische Auseinandersetzung werde unmöglich, wenn von vorneherein »der kritisierten Position die Qualifikation ›analytisch‹ abgesprochen wird. Welche Basis hätten wir dann in der DGPT, wenn wir uns mit Ihnen lediglich als moralisierende, indoktrinierende Anpassungshelfer, als Psychopädagogen, die vom Unbewussten nichts verstehen, zusammensetzen dürften?«

Swidder sah die Kritik an den Schultz-Henckianern – wie er später an Thomä schrieb – als gruppendynamisches Phänomen, bei dem Schultz-Hencke »als Feindattrappe zur Aufrechterhaltung der Spannungen zwischen den beiden Gesellschaften«¹²² diene. Die »Stilisierung von Schultz-Henckes ketzerischen Ansichten« hätte verhindert, dass die DPG wieder in die IPA aufgenommen wurde.

Brocher definierte nun den Konflikt als eine persönliche Auseinandersetzung zwischen einem Schultz-Henckianischen DPG-Vorsitzenden und einem »einfachen DPV-Mitglied«. Die DGPT war für ihn ein politisches »Schlaginstrument«, das sich des Namens der wissenschaftlichen Gesellschaften bediente, um die Ausbildung zu überwachen (»ein dringlicher Selbststretungsakt«, S. 4). Weiter ausholend, warf er seinerseits Schwidder vor, sich nicht für die neueren Entwicklungen in der IPA zu interessieren und stattdessen die »Weiterentwicklung der Psychoanalyse« in einer neuen internationalen Gesellschaft zu verfolgen. Wütend forderte er Schwidder

¹²² 13. 4. 1970, Schwidder an Thomä (K 5–266). Als er [Schwidder] die Gesellschaft 1959 übernommen habe, sei er bestrebt gewesen, »die Tradition der DPG zu respektieren und eine Gesellschaft zu erhalten, in der alle psychoanalytischen Richtungen vertreten sein können«.

dazu auf, die DPG-Position endlich klar zu definieren. »Dann wäre doch vor der ganzen Welt endlich klar, ob es sich um Neopsychoanalyse oder Psychoanalyse handelt. Es kann doch nicht beides gleichzeitig sein oder bin ich zu begriffsstutzig, um einen solchen Schritt zu begreifen?« (S. 5).¹²³

Der grundsätzliche Charakter der Kontroverse gefährdete die Zusammenarbeit in der DGPT, und Johannes Vogel wurde erneut zum Vermittler bestellt. Er verbannte den Konflikt aus dem Vorstand und definierte die Kontroverse als Privatangelegenheit zwischen Brocher und Schwidder.

Tobias Brochers Abschied und Werner Schwidders Tod

Brocher stand in dieser Zeit vor einer lebenswichtigen Entscheidung. Er verabschiedete sich von Mitscherlich, dessen Politik er vorher absolut loyal vertreten hatte – mit dem es aber zunehmend zu Missverständnissen gekommen war –, und als DGPT-Vorsitzender (bis 1968), um einem Ruf an die Universität Pittsburgh/Pa. zu folgen. »In das sich jetzt schon abzeichnende politische Gemenge DPV kontra DPG werde ich mich meinerseits nicht einmischen – genauso wenig, wie ich das vorher in meiner Tätigkeit als geschäftsführender Vorsitzender getan habe« schrieb er an Vogel.¹²⁴ Erst 1983 kehrte er zurück, um eine Tätigkeit als Lehranalytiker und Supervisor am Institut für Psychoanalyse und Psychotherapie in Düsseldorf aufzunehmen, das mit dem Lehrstuhl für Psychotherapie von Anneliese Heigl-Evers verbunden war.

Am 2. 9. 1970 starb Schwidder überraschend in Madrid während einer IFPS-Tagung.

Zäsur und Fazit

Anfang der 70er Jahre begann eine Phase der historischen Reflexion, die sich immer wieder auf die bereits Anfang der 60er Jahre erschienene »historische und kritische Betrachtung« von Helmut Thomä bezog. Die

¹²³ 26. 6. 1967, Brocher an Schwidder (DPV-Archiv, 50/2): »Machen wir uns nichts vor, lieber Herr Schwidder. Die DGPT ist eine Basis für ›politische Fragen‹. Wir wissen alle, warum wir uns zur Durchsetzung dieser Fragen des Namens der wissenschaftlichen Gesellschaften bedient haben und bedienen müssen. Aber diese Gesellschaft war stets ein politisches Schlaginstrument. Die wissenschaftlichen Ergebnisse außerhalb der einzelnen Fachgesellschaften sind von Anfang an mager gewesen und blieben es auch. Die Überwachung der Ausbildung war ein dringlicher Selbststretungsakt der wirklich ausreichend Ausgebildeten innerhalb dieser Gesellschaft.«

¹²⁴ 1. 6. 1967, Brocher an Vogel, DGPT-Archiv.

Arbeiten von Dräger (1971) und Maetze (1971) prägten das Bild einer DPV des Neubeginns nach dem Krieg. Im Rückblick bestätigte Scheunert, dass sich der »Umweg über eine erste ›restaurative‹ Phase klassischer Psychoanalyse« für die Wiederkonsolidierung der Psychoanalyse in Deutschland als richtig erwiesen habe. Die Personen sah er – bereits 1971 – kritisch: »Müller-Braunschweigs niedersächsische sture Konservierung des ›unverfälschten‹ Freuds ist obsolet, heute nur noch a) aus seiner Person b) aus der damaligen Situation [...] zu verstehen. Heute kann man doch nur noch verwundert fragen: »orthodoxe Analyse« [...] wo soll's so etwas noch geben?« Fragt man jedoch nach *dogmatischen* Analytikern – dann trifft man die in gleicher Weise unter allen Schattierungen der psychoanalytischen Auffassungen. Denn das ist schließlich eine Frage der Charakterstruktur und nicht abhängig von den jeweiligen Lehrmeinungen.«¹²⁵

Baumeyer scheint in seiner historischen Darstellung (1971) gegen eine DPV anzuschreiben, die die DPG systematisch übergang und ausblendete.¹²⁶

Die Politik der DGPT war weitgehend in der Hand der DPV¹²⁷ (von Mitscherlich, Brocher und Scheunert. Richter, de Boor, Ehebald und Thomä wuchsen nach; am kompromisslosesten waren sicher die Berliner mit Maetze und Becker). Das Profil der DPV entstand durch eine intensiv schriftlich miteinander kommunizierende Führungsgruppe, die ihre kohärente Auffassung von Psychoanalyse mit Hilfe der überregionalen Prüfungen und auf häufigen Tagungen abgleichen konnte. Die DGPT-Tagungen waren durch ihre Vortragenden beherrscht.¹²⁸ Dagegen entwickelten sich in der föderalistisch organisierten DPG eigene »Subkulturen« (Dührssen, Wiegmann und Heigl/Heigl-Evers). Ihre Sprecher Baumeyer und Schwidder stimmten sich zwar mit der Mitgliederversammlung der DPG ab, aber nicht (soweit bekannt) in Rundbriefen, wie sie von der DPV überliefert sind. Während sich die DPV offensiv und auch aggressiv darstellte,

¹²⁵ 5. 12. 1971, Scheunert an Baumeyer, K9–86; diese Einschätzung teilt auch Werthmann, 1. 4. 2009, persönl. Mitteilung.

¹²⁶ Z. B. 2. 4. 1968, Antrag auf Gründung eines Zentral-Instituts für Psychotherapie und Psychoanalyse in Hamburg. Von Ehebald (DGPT-Archiv).

¹²⁷ 15. 9. 1971, Wiegmann an Schelkopf, DPG-Archiv 21.

¹²⁸ 22. 12. 1971, Vogel an de Boor und Müller-Küppers, DGPT-Archiv: Vogel macht beide darauf aufmerksam, dass sämtliche Referenten bei der Arbeitstagung in Hamburg der DPV angehören – wenn sie überhaupt in der DGPT sind bzw. ausländische Gäste sind. Er fragt, »ob man nicht an der einen oder anderen Stelle noch etwas retuschieren kann. Wir sollten ja doch bei den Tagungen zu starke Einseitigkeiten vermeiden.«

blieb die DPG defensiv und irgendwie farblos¹²⁹ und zog sich in ihr »breiteres Spektrum«, das u. a. Schultz-Hencke in die psychoanalytische Theorie einbezog, zurück. Ihre Qualität sah sie in ihrer größeren Offenheit anderen und neuen Richtungen gegenüber.¹³⁰ Innerhalb der DGPT war sie der pragmatische Gegenpol zur DPV mit deren teils fundamentalistischer Tendenz.

Die affektive Aufladung der Konflikte zwischen DPV und DPG lässt dahinter ein Vakuum spürbar werden, das Hochheimer noch – ganz mechanisch – mit der ›Auswanderung‹ ›so vieler unserer Kollegen‹¹³¹ in Verbindung bringt. Eine angemessene Begrifflichkeit für die Vertreibung des größten Teils der Mitglieder der alten DPG aus rassistischen Gründen schien noch zu fehlen, und so erscheinen die oft aggressiv agierten Konflikte zwischen DPV und DPG als Platzhalter für einen noch unbestimmbaren emotionalen Ort – einen Ort des Innehaltens, der Beschämung und des Trauerns. Zunächst richtete sich wohl die Hoffnung, einen solchen Ort installieren zu können, unbewusst auf Mitscherlich und seine Fähigkeit, die innere Verfassung der Deutschen – und damit auch der Psychoanalytiker – zu formulieren; und tatsächlich war sein Beitrag, die Mitschuld an der Vertreibung der Kollegen und deren Entsprechung, die Selbstaushöhlung der DPG, zu reflektieren, beachtlich. Die heftigste Stellvertreterdiskussion scheint um die Dämonisierung Schultz-Henckes und seiner Amalgamierungs- = Vernichtungsambitionen geführt worden zu sein; sie ging bekanntlich bis weit über seinen Tod hinaus und hatte zum Teil verfolgenden Charakter. Auch die engagierte Positionierung der DPV gegen eine Aufnahme der DPG in die IPA ist mit inadäquaten Affekten belegt – so als sollten eigene Anteile aus einer idealisierten Gruppenkonstellation ausgegrenzt werden.

Der Namenszusatz, das »angemaßte« »gegr. 1910«, wurde zum Fetisch für Integrität den Vertriebenen gegenüber – und auch diese Diskussion ist als ›notwendige‹ Station zu verstehen, sich dem Geschehenen zu stellen und es zugleich verleugnend zu verschieben.

Dagegen ist der »Gegenstand« der DGPT – die Konflikte um die Kompromisse mit den Psychiatern, die politische Akzeptanz der unterschiedlichen Lehrmeinungen und der Stellenwert der Wissenschaft gegenüber dem Berufsverband – wohl eher ein äußerer.

¹²⁹ 17. 2. 1972, Wiegmann an den DPG-Vorstand und Arbeitsgruppenleiter, DPG-Archiv, 21.

¹³⁰ 27. 10. 1978, DPG-Vorstandssitzung, DPG-Archiv, 55, 1.

¹³¹ 4. 6. 1953, Hochheimer an Mitscherlich, MA. I 2376.

Vielleicht kam der DGPT aber gerade nach dem Hitlerregime die wichtige Aufgabe der Zurückgewinnung einer demokratischen Streitkultur zu, die die Fachgesellschaften in die Pflicht nahm, nach innen ihre psychoanalytische Kultur zu entwickeln und nach außen gesundheitspolitische Verantwortung zu übernehmen und damit einen Halt gegen die Überwältigung durch paranoide Ängste zu bieten.

Kontakt: Dr. phil. Regine Lockot, Zähringerstr. 14, 10707 Berlin.

E-Mail: Lokkot@dpg-psa.de

LITERATUR

- Albrecht, C. (1999a): Vom Konsens der 50er zur Lagerbildung der 60er Jahre: Horkheimers Institutspolitik. In: Albrecht, C., et al., 132–168.
- (1999b): Warum Horkheimer Golo Mann einen »heimlichen Antisemiten« nannte: Der Streit um die richtige Vergangenheitsbewältigung. In: Albrecht, C., et al., 189–202.
- , Behrmann, G. C., Bock, M., Homann, H. & Tenbruck, F. H. (1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt/M., New York (Campus).
- Baumeyer, F. (1971): Zur Geschichte der Psychoanalyse in Deutschland. 60 Jahre Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft. *Z Psychosom Med Psyc* 17, 203–240.
- Berger, F. (1996): Zur »Biographie« einer Institution. Alexander Mitscherlich gründet das Sigmund-Freud-Institut. In: Plänklers, T., et al. (Hg.), 349–372.
- Bernfeld, S. (1930): »Kassenärztliche Psychotherapie«. *Der Sozialistische Arzt* 6 (2), 54–59.
- de Boor, C. (2003): Gespräch mit einem Analytiker. Prof. Dr. Clemens de Boor im Gespräch mit Regine Lockot. In: Gerlach, A., Schlösser, A.-M. & Springer, A. (Hg.): *Psychoanalyse mit und ohne Couch. Haltung und Methode*. Gießen (Psychosozial-Verlag), 641–662.
- Dräger, K. (1971): Einige Bemerkungen zu den Zeitumständen und zum Schicksal der Psychoanalyse und der Psychotherapie in Deutschland zwischen 1933 und 1949. *Psyche – Z Psychoanal* 25, 255–268.
- Dührssen, A. (1987): Historischer Rückblick zu den Psychotherapierichtlinien. *Z Psychosom Med Psyc* 33, 318–322.
- Freimüller, T. (2007): Alexander Mitscherlich. Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler. Göttingen (Wallstein).
- Freud, S. & Eitingon, M. (2004 [1906–39]): Briefwechsel 1906–1939, Bd. 2. Hg. v. M. Schröter. Tübingen (edition diskord).
- Hermanns, L. M. (2001): Fünfzig Jahre Deutsche Psychoanalytische Vereinigung. In: Bohleber, W. & Drews, S. (Hg.): *Die Gegenwart der Psychoanalyse – die Psychoanalyse der Gegenwart*. Stuttgart (Klett-Cotta), 35–57.
- Hoyer, T. (2008): Im Getümmel der Welt. Alexander Mitscherlich – ein Porträt. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).
- Jones, E. (1960–62 [1953–57]): *Das Leben und Werk von Sigmund Freud*. Übers. K. Jones (Bd. 1) sowie G. Meili-Dworetzki u. K. Jones (Bd. 2 u. 3). Bern (Huber).
- Jorswieck, E. (2000): Aktivitäten Berliner Psychotherapeuten im ersten Nachkriegsjahr Mai 1945 bis Mai 1946: Bericht eines Zeitzeugen. *Z Psychosom Med Psyc* 46, 385–396.
- Laier, M. (1996): »Sie wissen, dass alles von unserem alten Institut vernichtet wurde.« Das Frankfurter Psychoanalytische Institut (1929–1933). In: Plänklers, T., et al. (Hg.), 41–86.

- Lockot, R. (1994): Die Reinigung der Psychoanalyse. Die Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft im Spiegel von Dokumenten und Zeitzeugen (1933–1951). Tübingen (edition diskord).
- (2000): Psychoanalytiker eignen sich ihre deutsche Geschichte an. In: Schlösser, A.-M. & Höhfeld, K. (Hg.): Psychoanalyse als Beruf. Gießen (Psychosozial-Verlag), 135–162.
 - (2007): »... im Wesentlichen aber nach außen zusammenhalten. Übrigens nicht nur nach außen.« Zur Geschichte der DGPT. In: Springer, A., Münch, K. & Munz, D. (Hg.): Psychoanalyse heute?! Gießen (Psychosozial-Verlag), 15–48.
 - (2008): Die wechselvolle Geschichte des Namens der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft. In: »Berlin ist ein schwieriger, aber bedeutungsvoller Boden ...« 100-Jahr-Gedenkfeier der Gründung der Berliner Psychoanalytischen Vereinigung. Hg. von den Berliner Psychoanalytischen Instituten von DPG und DPV (Privatdruck), 45–58.
- Maetze, G. (1971): Psychoanalyse in Berlin von 1950 bis 1970. *Psyche – Z Psychoanal* 25, 269–286.
- Plänkens, T., Laier, M., Otto, H.-H., Rothe, H.-J. & Siefert, H. (Hg.) (1996): Psychoanalyse in Frankfurt am Main. Zerstörte Anfänge, Wiederannäherung, Entwicklungen. Tübingen (edition diskord).
- Raulff, U. (2010): Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben. München (Beck).
- Schröter, M. (1999): Zurück ins Weite: Die Internationalisierung der deutschen Psychoanalyse nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Bude, H. & Greiner, B. (Hg.): Westbindungen. Amerika in der Bundesrepublik. Hamburg (Hamburger Edition), 93–118.
- Thomä, H. (1963/64): Die Neo-Psychoanalyse Schultz-Henckes. Eine historische und kritische Betrachtung *Psyche – Z Psychoanal* 17, 44–128.

ARCHIVE

BA	Bundesarchiv, Koblenz
DGPT	DGPT-Archiv, Hamburg
DPG	DPG-Archiv, Berlin
DPV	DPV-Archiv, Berlin
GS	Geheimes Staatsarchiv, Berlin
IfP	Archiv des Institut für Psychotherapie, Berlin
K	Katwan-Bestand im DPG-Archiv und Katwan-neu, Berlin
MA	Mitscherlich-Archiv, Frankfurt/M.

Summary

Thin ice: The relations between the German Psychoanalytical Association (DPV) and the German Psychoanalytical Society (DPG) within the German Society for Psychotherapy and Depth Psychology (DGPT) up to 1967. – Institutional history regarded in terms of the history of the relations within that institution points up the conflictual clinch existing between a small group of DPV leaders and representative DPG members within the DGPT. Crises explosive enough to destroy cooperation and embedded in their respective institutional context stand revealed as surrogates for an engagement with the culpable participation of the DPG in the expulsion of most of its members, an engagement for which the time was not yet ripe. Thus, like a symptom, each crisis involves both an approach to a given issue and at the same time its displacement, denial or suppression. It took a long time for a culture of adversarial engagement

to develop in the DGPT and to institute change. Internally, the political blocs that had formed began to dissolve, and outwardly the DGPT became a major power factor in the health policy context. The appointment of a permanent legal advisor had the impact of a group-dynamic catalyst consolidating the existence of the Society.

Keywords: German Psychoanalytical Association («Deutsche Psychoanalytische Vereinigung», DPV); German Psychoanalytical Society («Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft», DPG)); German Society for Psychotherapy and Depth Psychology («Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie», DGPT); relational history

Résumé

La DPV et la DPG sur le sol instable de la DGPT. À propos de l'histoire des relations entre l'Association psychanalytique allemande (DPV) et la Société psychanalytique allemande (DPG) au sein de la Société allemande de psychothérapie et de psychologie des profondeurs (DGPT) jusqu'en 1967. – L'histoire des institutions vue comme histoire relationnelle montre un petit groupe dirigeant de Association psychanalytique allemande («Deutsche Psychoanalytische Vereinigung», DPV) et quelques membres représentatifs de la Société psychanalytique allemande («Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft», DPG) dans leur lien conflictuel au sein de la Société allemande de psychothérapie et de psychologie des profondeurs («Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie», DGPT). Des crises à fort pouvoir destructif pour le travail en commun, insérées dans leurs contextes respectifs de politique d'association, apparaissent comme des succédanés pour le débat encore impossible à mener sur la responsabilité de la DPG concernant l'expulsion de la majorité de ses adhérents; chaque crise – tel un symptôme – signifiant à la fois un rapprochement et un déplacement, déni ou refoulement de ce sujet. Au sein de la DGPT, une culture de débat, facteur de changement, ne se développe que lentement. À l'intérieur, la formation de blocs selon les logiques d'association se dissoud progressivement et vers l'extérieur la DGPT devient un facteur de pouvoir considérable dans la politique de la santé. L'établissement du conseiller juridique a un effet de catalyseur pour la dynamique de groupe, il consolide l'existence de l'association.

Mots clés: Association psychanalytique allemande («Deutsche Psychoanalytische Vereinigung», DPV); Société psychanalytique allemande («Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft», DPG); Société allemande de psychothérapie et de psychologie des profondeurs («Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie», DGPT); histoire des relations